

1	<b>Inhalt</b>	
2		
3	<b>1. Warum DIE LINKE wählen?</b>	<b>2</b>
4		
5	<b>2. Arbeit und soziale Gerechtigkeit</b>	<b>3</b>
6	Soziale Sicherheit ist Menschenrecht	4
7	Sinnvolle Arbeit für alle organisieren	5
8	Öffentliche Daseinsvorsorge nicht privatisieren, sondern ausbauen	6
9	Gesundheit darf keine Ware sein	7
10	Sozialer Wohnungsbau	8
11	Menschen mit Behinderungen	9
12		
13	<b>3. Möglichkeiten der Finanzierung</b>	<b>10</b>
14		
15	<b>4. Gleiche Bildungschancen statt soziale Auslese – Bildung für alle</b>	<b>11</b>
16	Gemeinschaftsschule - Eine Schule für alle	12
17	Berufliche Bildung verbessern – Weg mit den Studiengebühren	12
18	Lebensbegleitendes Lernen ermöglichen – Weiterbildung ausbauen	13
19	Ausbau von Elementarbildung, Jugendhilfe und Sozialarbeit	14
20	Umverteilung statt Kürzungen bei der Bildung	14
21	Freiheit für Kunst und Kultur!	15
22	Medienvielfalt statt kommerzieller Medienverflachung	15
23		
24	<b>5. Gleichberechtigung</b>	<b>17</b>
25	Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen	17
26	Für eine zukunftsfähige Migrations- und Integrationspolitik	18
27	Für ein Ministerium für Migration und Integration	18
28	Chancengleichheit verwirklichen	18
29	Für die Gleichberechtigung aller Lebensweisen	19
30		
31	<b>6. Für ein demokratisches Bayern</b>	<b>20</b>
32	Für die Demokratisierung der Verwaltung	20
33	Freiheitsrechte und „Innere Sicherheit“	20
34	Drogenpolitik: Hilfe statt Repression	22
35	Privatsphäre schützen – Nein zum „gläsernen Menschen“	22
36	Flüchtlinge brauchen Schutz - Asylrecht ausbauen	23
37	Antifaschismus	24
38		
39	<b>7. Für ein lebenswertes Bayern</b>	<b>25</b>
40	Natur und Landschaften schützen	25
41	Abfallwirtschaft	26
42	Wasser und Abwasser	26
43	Verkehr	26
44	Transrapid	28
45	Infrastruktur	28
46	Klima- und Energiepolitik	29
47	Dem Dorf eine Zukunft geben	30
48	Für einen ökologisch orientierten Landbau und gegen Gentechnik	30
49	Bayerns Wälder - Kulturgüter, Naherholungsgebiete und Wirtschaftsfaktoren in einem	31
50		
51	<b>8. Für den Frieden – gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr</b>	<b>32</b>
52		
53		
54		

# 1. Warum DIE LINKE wählen?

Bayern ist ein reiches Land. Aber inmitten des Reichtums wächst neue Armut, und viele Menschen sind von Zukunftsängsten geplagt. Die Kluft zwischen reich und arm, zwischen den herrschenden Eliten und der großen Mehrheit, zwischen Stadt und Land wächst und mit ihr wächst die Ungleichheit der Lebenschancen, die soziale Ungerechtigkeit. Ein sozialer Riss geht durch Bayern.

DIE LINKE wird Bayern verändern. Sie wird die Stimme des sozialen Gewissens und der Gerechtigkeit sein, die im bayerischen Landtag bislang fehlt. DIE LINKE tritt an für eine andere Politik, für die Einheit aus sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit. Sie steht für Demokratie und Frieden. Sie will, dass die guten Normen der Bayerischen Landesverfassung Wirklichkeit werden.

DIE LINKE will Gerechtigkeit für alle Menschen, auch für die, die durch Armut, Ausgrenzung, Krankheit oder sonstige Einschränkungen benachteiligt sind. Wie ein lila Faden durchzieht auch der Gedanke der Geschlechterdemokratie unsere Politik und unser Programm. DIE LINKE will ein „Bayern für alle“.

DIE LINKE ist eine junge Partei. Sie wurde im Juni 2007 neu gegründet als Zusammenschluss aus der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) und der Linkspartei.PDS. Im Bundestag hat aus der Opposition heraus viel in Bewegung gebracht; häufig ist sie die einzige wirkliche Opposition. Mit den Fraktionsvorsitzenden Oskar Lafontaine und Gregor Gysi ist die Fraktion der LINKEN in Deutschland und Europa als Stimme für Frieden und soziale Gerechtigkeit unüberhörbar geworden. Sie hat seitdem viele tausend neue Mitglieder gewonnen.

Auch im bayerischen Landtag wird DIE LINKE ihre Stimme erheben. Sie wird der CSU-Staatsregierung keine Ruhe gönnen. Denn die von Beckstein geführte Regierung hat für die sozialen Probleme der Menschen keine richtige Ader. Sie macht eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die einseitig an den Interessen der großen bayerischen Konzernen ausgerichtet ist, die den Erwerbslosen keine wirkliche Beachtung schenkt und die sozial Benachteiligten an den Rand drängt. Im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss hat die bayerische CSU-Regierung sowohl die „Agendapolitik“ der rot-grünen Bundesregierung ähnlich unterstützt wie sie jetzt als die Politik der sozialen Kälte der Großen Koalition mitträgt. Die sozialen Probleme verschärfen sich damit.

Die SPD hat spätestens unter Schröder mit dem Schwenk zur Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen die Legitimation verloren, für die sozial Benachteiligten und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sprechen.

Aus den einst aufmüpfigen Grünen ist eine Partei der Besserverdienenden geworden, und ihre tatkräftige Mitwirkung an den Hartz-Gesetzen und dem Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien hat sie sozial-politisch und friedenspolitisch unglaubwürdig gemacht.

Die grundlegenden Richtungsentscheidungen der letzten Jahrzehnte sind von einer ganz großen Koalition der Parteien getroffen worden, die zurzeit noch alleine im bayerischen Landtag sitzen. Das gilt für alle Bundesgesetze, die von SPD und Union in der Großen Koalition gemeinsam ausgeheckt werden, und das gilt für Hartz IV, für das die GRÜNEN und die SPD im Bundestag ihre Hand gehoben haben – auch ihre bayerischen Abgeordneten. Das gilt für die die Senkung der Einkommenssteuer für Reiche, für die Senkung der Unternehmenssteuer und für die weitgehende Abschaffung der Vermögenssteuer. SPD und GRÜNE haben das auf den Weg gebracht, die CDU/CSU hat es durchgewinkt – und die FDP war nur dagegen, weil die Steuerentlastungen ihr nicht weit genug gingen.

Die Oppositionspolitik von SPD und GRÜNEN im bayerischen Landtag ist allzu oft zaghaft

1 und halbherzig. Es wird deshalb Zeit, dass DIE LINKE frischen Wind ins Landesparlament  
2 bringt.

3  
4 Der wenig gebremste Kapitalismus schafft keine Gerechtigkeit. Er ist kalt wie die  
5 herrschende Politik, die denkfaul geworden ist und ihn für alternativlos erklärt. Mehr und  
6 mehr hat diese Politik den sozialen Frieden beschädigt und auch das Vertrauen in die  
7 Demokratie geschwächt: Millionen Bürgerinnen und Bürger werden durch  
8 Massenarbeitslosigkeit, Hartz IV und prekäre Beschäftigung ausgegrenzt. Viele haben das  
9 Gefühl, als „Kostenfaktoren“ gesehen zu werden. Es wundert nicht, dass die Wahlbeteiligung  
10 beständig sinkt. Das schädigt die Demokratie, in einem solchen Klima können  
11 Rechtsextremisten mit Sozialdemagogie und rassistischen Parolen an Zulauf gewinnen.

12  
13 DIE LINKE. hält dagegen. Wir stehen zu der im Grundgesetz verankerten Verpflichtung zu  
14 Demokratie, Sozial- und Rechtsstaatlichkeit. Wir treten für eine friedliche Politik des  
15 Ausgleichs der Interessen und der Verständigung ein. Und wir folgen dem antifaschistischen  
16 Auftrag des Grundgesetzes, die Lehren aus Auschwitz, Dachau und Buchenwald  
17 beeinflussen unser politisches Handeln. Wir stehen zum antifaschistischen Geist, wie er im  
18 Art. 184 der Bayerischen Verfassung zum Ausdruck kommt, und fordern das unverzügliche  
19 Verbot der NPD.

20  
21 Gerade in Bayern entscheidet nicht die Begabung über den Schulabschluss, sondern der  
22 Geldbeutel der Eltern. Und wer außer dem schmalen Geldbeutel auch noch eine  
23 nichtdeutsche Herkunft hat, ist völlig chancenlos. Das ist für DIE LINKE nicht zu akzeptieren.  
24 Wir fordern Chancengleichheit in einer Schule für alle!

25  
26 Auch in Bayern sehen sich viele Menschen nicht mehr durch die etablierten Parteien  
27 vertreten. Für sie ist DIE LINKE zu einem Hoffnungsträger geworden.

28  
29 Mit Ihrer Stimmabgabe für DIE LINKE tun Sie sich selbst und dem Land Bayern einen  
30 Gefallen. Eine bessere Opposition trägt bei zu einer besseren Landespolitik. Bayern muss  
31 wieder für alle da sein! Und Sie können Teil einer Wende zum neuen sozialen Denken und  
32 zur Stärkung der Demokratie sein

33  
34 **LINKS WIRKT – AUCH IN BAYERN!**

## 35 36 37 **2. Arbeit und soziale Gerechtigkeit**

38  
39 Wenn man die Zahlen des wirtschaftlichen Wachstums losgelöst von ihrem Zusammenhang  
40 sieht, erscheinen sie erst einmal beeindruckend: Bayern hatte in den vergangenen 10 Jahren  
41 ein durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum von 2,4 Prozent, eine vergleichsweise  
42 geringe Arbeitslosigkeit und eine Exportquote von annähernd 47 Prozent. Ein reiches Land.

43  
44 In krassem Gegensatz dazu steht die Tatsache, dass in Bayern die Armut dennoch  
45 zugenommen hat. Das Wachstum ist da, nur es kommt nicht bei der Mehrheit der Menschen  
46 an. Es wandert in die Taschen der Reichen und Vermögenden.

47  
48 Es geht ein Riss durch Bayern. Auf der einen Seite stehen die Erwerbstätigen und ihre  
49 Familien, die Arbeitslosen, Renterinnen und Rentnern, die sozial Schwachen. Bei ihnen  
50 kommt wenig bis überhaupt nichts von diesem Wachstum an. Auf der anderen Seite stehen  
51 die Unternehmen, die Eliten, die Vermögenden, die Aktionäre, denen dieses Wachstum  
52 zufällt nach dem Motto „Hast du, dann wird dir gegeben!“.

53  
54 Bei der Kinderarmut wird die gesellschaftliche Spaltung in Bayern besonders augenfällig. Mit  
55 Hartz IV hat sie ein Rekordniveau erreicht. In Bayern leben nach Angaben der  
56 Bundesagentur für Arbeit (Dezember 2007) nahezu 170.000 Menschen unter 18 Jahren auf

1 Sozialhilfeniveau, davon 130.000 Kinder. In den Städten Hof, Schweinfurt, Nürnberg und  
2 Coburg werden Quoten von nahezu 20 Prozent Kinderarmut erreicht. Ungeachtet dessen  
3 erklärt die CSU, unsere Kinder seien unsere Zukunft. Die Staatsregierung den in Artikel 125  
4 zum Schutz der Familie, in dem es heißt, dass „Kinder das köstlichste Gut eines Volkes  
5 sind“. Nach Artikel 126 sind sie „gegen sittliche, geistige und körperliche Verwahrlosung und  
6 gegen Misshandlung zu schützen“.

7  
8 Die Spaltung in arm und reich drückt sich auch regional aus. Neben den dynamischen  
9 Wachstumszentren München-Ingolstadt und den moderaten Wachstumsregionen im  
10 Großraum Regensburg und in der Region Nürnberg sind auch völlig abgehangene Regionen  
11 im Nordosten Bayerns entstanden.

12  
13 Risiken, die durch die Finanzmarktkrise verursacht wurden, kommen hinzu. Nachdem der  
14 Finanzminister und CSU-Vorsitzende Huber diese Risiken für die Bayerische Landesbank  
15 zunächst schlicht leugnete, musste er schrittweise eingestehen, dass der Schaden über  
16 einer Milliarde liegt. Möglicherweise wird er noch weiter steigen.

17  
18 Die Gefahr, dass diese Krise auf die Realwirtschaft durchschlägt, ist durchaus gegeben.  
19 Schon jetzt können die Wechselkurseffekte, besonders die Verteuerung des Euro im  
20 Vergleich zum Dollar, eine exportorientierte Wirtschaft wie die bayerische empfindlich  
21 beeinträchtigen.

22  
23 Die Staatsregierung ist – manchem Pragmatismus zum Trotz – stark vom neoliberalen Geist  
24 des globalen Wettbewerbs durchdrungen. Da man sich auf der Gewinnerseite sieht, wird  
25 jedes Politikfeld diesem Dogma des Standortwettbewerbs unterworfen: Bildung, Kultur,  
26 Verkehr, Energie, räumliche Entwicklung, Forschung, Gesundheit usw. In allen Bereichen  
27 geht es der CSU darum, den Standort im globalen Wettbewerb zu stärken.

28  
29 Die Sozialpolitik wird als abhängige Variable der Wirtschaftspolitik verstanden. Nach dieser  
30 Lesart resultiert Sozialpolitik aus den Brotkrumen, die vom Tisch der Reichen fallen, oder  
31 aus den Almosen, die sie gewähren. Eine solche Position ist mit dem Sozialstaatsgebot des  
32 Grundgesetzes und auch mit der Bayerischen Verfassung nicht vereinbar. Deutlicher  
33 gesagt: Sie ist verfassungswidrig.

34 DIE LINKE in Bayern wird sich damit niemals abfinden.

## 35 **Soziale Sicherheit ist Menschenrecht**

36  
37 DIE LINKE streitet für eine Gesellschaft, die jedem Menschen ein Leben in Freiheit und  
38 sozialer Sicherheit ermöglicht. Ohne Existenz sichernde, sinnvolle Arbeit, ohne freien  
39 Zugang zu Bildung und Kultur, ohne soziale Sicherungen und Gesundheitsleistungen fühlen  
40 sich Menschen nicht nur ausgeschlossen und erniedrigt, sie sind es auch!

41  
42 Über 348.000 Menschen waren in Bayern im Januar 2008 offiziell als erwerbslos gemeldet.  
43 Hinzu kommen zig Tausende von Arbeitslosen, die in der Statistik nicht enthalten sind, z.B.  
44 Ein-Euro-Jobber, Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Qualifizierungsmaßnahmen,  
45 Betroffene der 58er-Regelung und so genannte „Nichtleistungsbezieher“. 400.000  
46 Rentnerinnen und Rentner in Bayern sind arm; sie müssen mit weniger als 880 Euro pro  
47 Monat auskommen. Fast eine Viertelmillion Menschen müssen von Hartz IV leben. Ihre Nöte  
48 aber kommen im Landesparlament nicht zur Sprache.

49  
50 Das alles ist für die Staatsregierung kein Grund, eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben.  
51 Sie sieht sich durch einen Rückgang bei den Arbeitslosenzahlen in ihrer Wirtschaftspolitik  
52 bestätigt. Eine volkswirtschaftliche Fehleinschätzung mit fatalen Folgen für uns Bayern.  
53 Denn die bisherigen Sozialsysteme sind durch Sozialabbau, Privatisierung,  
54 Massenarbeitslosigkeit, unsichere Beschäftigung, stagnierende und sinkende Einkommen in  
55 die Krise geraten und können die Lasten nicht mehr tragen. DIE LINKE setzt sich darum für

1 eine Erneuerung des Sozialstaats ein. Sie verteidigt zusammen mit Gewerkschaften und  
2 Sozialverbänden die berechtigten Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger auf Existenz  
3 sichernde Arbeit, gute Gesundheitsversorgung, Sicherheit im Alter und eine vernünftige  
4 Absicherung bei Erwerbslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit.

## 5 **Sinnvolle Arbeit für alle organisieren**

6  
7 DIE LINKE in Bayern steht für eine Politik, in der die Interessen der breiten Schichten der  
8 Bevölkerung Vorrang haben vor Profitinteressen. Längerfristige soziale, ökologische und  
9 volkswirtschaftliche Erfordernisse müssen gegen die soziale Blindheit und das  
10 Kurzzeitdenken der Großunternehmen und "Heuschrecken" erstritten werden. Hier sieht DIE  
11 LINKE starke gemeinsame Interessen mit kleineren und mittleren Unternehmen, deren  
12 gezielte Förderung eines unserer wirtschaftspolitischen Anliegen ist.

13  
14 DIE LINKE fordert Wirtschaftsdemokratie. Sie will ebenso wie die Gewerkschaften die  
15 Allmacht des Kapitals über wirtschaftliche Entscheidungen brechen, die abhängig  
16 Beschäftigten besser schützen und auf allen wirtschaftlichen Ebenen Mitbestimmungsrechte  
17 verwirklichen. DIE LINKE setzt sich überall in Bayern bedingungslos für die Stärkung der  
18 Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften ein. DIE LINKE steht in den aktuellen Kämpfen  
19 gegen Arbeitsplatzabbau und Betriebsverlagerungen solidarisch an die Seite der  
20 Beschäftigten.

21  
22 Die LINKE setzt sich ein:

- 23
- 24 • Für den Erhalt und die Ausweitung von Flächentarifverträgen
- 25 • Für den Erhalt und eine Ausweitung öffentlichen Eigentums, um eine gestaltende
- 26 Wirtschaftspolitik im Interesse des Gemeinwohls zu ermöglichen
- 27 • Für die paritätische Mitbestimmung in Großunternehmen
- 28 • Für Löhne, von denen die Arbeitenden vernünftig leben können. Auch deshalb ist ein
- 29 gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8 Euro unverzichtbar.
- 30

31 Die Regierungspolitik in Bayern geht in die andere Richtung.  
32 Die Förderung von sozial und ökologisch verträglichen Zukunftstechnologien bleibt hinter  
33 den Möglichkeiten zurück. Für Existenzgründer und Mittelstand gibt es keine überzeugenden  
34 Konzepte der Staatsregierung, viele Firmengründungen enden deshalb in der Insolvenz. Der  
35 Niedriglohnsektor und der Bereich sozialversicherungsfreier Beschäftigung werden  
36 ausgeweitet.

37  
38 Die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten wird demnächst erneut zur Diskussion stehen. Die  
39 Staatsregierung will alle Lebensbereiche kommerzialisieren und nimmt dabei keine  
40 Rücksicht auf die im Handel Beschäftigten.

41  
42 Diese neoliberale Politik der Staatsregierung hat das Klima in Betrieben und Verwaltungen  
43 weiter verschlechtert. Es ist von Konkurrenzverhalten und Einschüchterungen geprägt. Die  
44 Positionen von Betriebs- und Personalräten wurden geschwächt. Die CSU-Regierung lässt  
45 zu, dass Wahlen von Betriebsräten von Unternehmensleitungen behindert werden. Sie hat  
46 die Arbeitszeit von Beamten erhöht und den Stellenabbau im Öffentlichen Dienst betrieben.

47  
48 DIE LINKE fordert:

- 49
- 50 • Ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm, um öffentliche und soziale
- 51 Dienstleistungen sowie die Infrastruktur in Bayern zu verbessern
- 52 • Eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen, damit diese im „Dritten Sektor“,
- 53 wo Verbände, Vereine und Genossenschaften soziale, kulturelle und ökologische
- 54 Aufgaben erfüllen, investieren und Beschäftigung fördern können

- 1 • Neueinstellungen im öffentlichen Dienst, vor allem in den Schulen. Im öffentlichen
- 2 Dienst dürfen keine weiteren Arbeitsplätze abgebaut werden.
- 3 • Die Rücknahme von Entgeltkürzungen sowie die Streichung von Urlaubs- und
- 4 Weihnachtsgeld und die Arbeitszeitverlängerung für Angestellte und Beamte des
- 5 Landes.
- 6 • Die Vergabe öffentlicher Aufträge nur solchen Unternehmen, die nach Tarif bezahlen
- 7 und junge Leute ausbilden, die die Frauenförderung beachten und das
- 8 Betriebsverfassungsgesetz und ökologische Standards einhalten.
- 9 • Zusätzliche Arbeitsplätze sollen durch die Förderung von Arbeitszeitverkürzung
- 10 entstehen. Dabei muss Teilzeitarbeit ein Volumen haben, das eine eigenständige
- 11 soziale Sicherung ermöglicht. Jede Arbeitsstunde muss sozialversicherungspflichtig
- 12 sein.
- 13 • Unter dem Stichwort „Gute Arbeit“ soll Bayern eine Initiative starten, die besonders in
- 14 Zukunftsbranchen in Zusammenarbeit mit Betriebs- und Personalräten und mit den
- 15 Gewerkschaften Projekte unterstützt, die die Arbeitsbedingungen optimal gestalten.
- 16 • Die Wirtschaftsförderungsmittel sollen auf mittelständige Betriebe und
- 17 Existenzgründer konzentriert werden, die tariflichen Standards anwenden und die
- 18 Förderung zur Sicherung bestehender bzw. Schaffung neuer Arbeitsplätze
- 19 verwenden.
- 20 • Unternehmen, die Arbeitsplätze oder den Firmensitz ins Ausland verlegen, sollen aus
- 21 Förderprogrammen des Landes ausgeschlossen werden und müssen erhaltene
- 22 Fördermittel zurückzahlen.
- 23 • Die Zusammenarbeit kleiner und mittlerer Unternehmen mit Hochschulen und
- 24 Forschungseinrichtungen soll gefördert werden.
- 25 • In den Regionen sowie im Land sollen Wirtschafts- und Sozialräte mit Informations-,
- 26 Initiativ- und Beratungsrechten in Bezug auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik
- 27 gebildet werden. Darin sollen Gewerkschaften und Unternehmerverbände sowie
- 28 Sozial-, Umwelt- und Verbraucherverbände mitwirken.
- 29 • Ein Landesprogramm für erneuerbare Energien und Stoffe ist zu erarbeiten.
- 30 • Die Gewerbe- und Steueraufsicht muss personell gestärkt werden.
- 31 • Eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten in die Wochenenden und in die
- 32 Abendstunden hinein ist zu verhindern, weil das beschäftigten- und familienfeindlich
- 33 wäre.

34  
 35 Im Landtag wird DIE LINKE Bundesratsinitiativen Bayerns zur Abschaffung der Hartz-IV-  
 36 Gesetze, einen Mindestlohn von mindestens acht Euro, eine aktive Arbeitsmarktpolitik und  
 37 für mehr Mitbestimmung und die Stärkung der Positionen der Gewerkschaften fordern.

### 38 **Öffentliche Daseinsvorsorge nicht privatisieren, sondern ausbauen**

39 Öffentliche Daseinsvorsorge für Bildung, Gesundheit, Betreuung und Kultur, für Mobilität,  
 40 Wasser, Gas und Strom ist elementarer Bestandteil sozialer Sicherheit. Deshalb verteidigt  
 41 DIE LINKE die öffentliche Daseinsvorsorge und tritt für ihre Ausweitung ein. Wir wollen den  
 42 Verkauf öffentlicher Einrichtungen und des Eigentums an Wohnungen und  
 43 Versorgungsunternehmen verhindern.

44  
 45 Privatisierungen sind auch ein Verlust von Demokratie. Wenn es immer weniger Bereiche  
 46 gibt, für die der demokratisch gewählte Landtag oder die Kommunalparlamente  
 47 Entscheidungs- und Gestaltungskompetenz haben, schwächt das die Demokratie und fördert  
 48 die Politikverdrossenheit. Werden Schlüsselbereiche wie Gesundheit, Bildung, Sicherheit,  
 49 Wirtschaftsförderung öffentlich-rechtlich und damit unter dem Einfluss der gesamten  
 50 Gesellschaft betrieben, lohnt sich das Engagement: Die Bevölkerung bzw. die Vertreter  
 51 gesellschaftlicher Gruppen können dann mitentscheiden, mit welchen Zielen und Methoden  
 52 diese Einrichtungen betrieben werden.

53

1 Bayern ist bundesweit bei der Privatisierung Spitze. Die Staatsregierung rühmt sich, ihre  
2 wirtschafts- und strukturpolitischen Programme durch Privatisierungserlöse finanziert zu  
3 haben. Bayern hat nicht nur umfangreiche Beteiligungen verkauft (Bayernwerk AG,  
4 Bayerische Versicherungskammer und andere), sondern auch den Verkauf von öffentlichen  
5 Krankenhäusern der Bezirke, Kreise und Kommunen massiv unterstützt.

6  
7 Bei Verkäufen öffentlicher Gesundheitseinrichtungen sind die Folgen absehbar: Die sozialen  
8 Standards der jetzt noch durch das Tarifgefüge des öffentlichen Dienstes regulierten  
9 Arbeitsverhältnisse werden nach Ablauf einer gewissen Schamfrist gesenkt werden, und alle  
10 wirtschaftlichen Entscheidungen in den Einrichtungen weniger nach Gesichtspunkten der  
11 medizinischen Notwendigkeiten als nach Renditekriterien erfolgen. Die neuen Eigentümer  
12 werden den Kaufpreis durch die Verringerung der Personalkosten, durch Arbeitsverdichtung,  
13 Arbeitszeitverlängerung, Personaleinsparungen und Outsourcing wieder hereinholen.

14  
15 Eine spezielle Form der Privatisierung ist als „Public-Private-Partnership“ (PPP) bekannt und  
16 wird ebenfalls massiv durch die bayerische Staatsregierung gefördert. Nach diesem Modell  
17 werden im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge entweder gemischte Eigentumsformen  
18 geschaffen oder die Finanzierung durch private Investoren mit klaren Renditeerwartungen  
19 vorgenommen. Beide Varianten gefährden Arbeitsplätze, verschlechtern Arbeits- und  
20 Sozialbedingungen der Beschäftigten und setzen Qualitätsstandards herab. Vor allem aber  
21 kommen PPP-Projekte die Kommunen wesentlich teurer zu stehen, als wenn diese  
22 Aufgaben selbst erledigt würden. Risiken werden auf die Steuerzahler abgewälzt, während  
23 sich die privaten Beteiligten langfristig sichere Renditen zuschanzen. Die demokratische  
24 Kontrolle von PPP fehlt.

25  
26 Im Bereich der Inneren Sicherheit droht eine schleichende Privatisierung, wenn hoheitliche  
27 Aufgaben abgegeben werden und private Wachdienste Fußgängerzonen, Bahnen und  
28 öffentliche Gebäude überwachen. Die Privatisierung des Strafvollzuges nach US-Vorbild  
29 wäre nach der Logik ihrer Betreiber der nächste Schritt.

30  
31 DIE LINKE hat den andern Weg gewählt: Sie will öffentliche Unternehmen ausweiten und  
32 privatisierte wieder in kommunales Eigentum zurückführen.

33  
34 Große Bereiche des Gesundheitswesens werden über die Wohlfahrtsverbände oder Kirchen  
35 organisiert. Genossenschaften sind zum Beispiel im Wohnungsbaubereich aktiv. Im  
36 kulturellen, ökologischen und sozialen Bereich gibt es eine Vielzahl an Vereinen, die häufig  
37 mit wenig Mitteln und zusätzlicher ehrenamtlicher Arbeit gesellschaftlich sinnvolle Arbeit  
38 verrichten. Diese „Unternehmen“ sind zu schützen. DIE LINKE will, dass durch aktive  
39 Beschäftigungspolitik, durch die Vergabe von Mikrokrediten und durch Unterstützung für  
40 Selbsthilfegenossenschaften und einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor in  
41 diesem Bereich Arbeitsplätze geschaffen werden.

42  
43 Darüber hinaus will DIE LINKE Bestrebungen der Bevölkerung zur Übernahme von  
44 Grundversorgungseinrichtungen (z.B. für Energie, Wohnungen und Wasser) in  
45 gemeinsames genossenschaftliches Eigentum fördern. Gegen Privatisierungen und gegen  
46 bestehende privatkapitalistische Organisationsformen sind Genossenschaften die bessere  
47 Lösung. DIE LINKE fordert den Aufbau eines umfassenden Beratungs- und  
48 Qualifizierungsangebots für die Gründung und Stabilisierung von Genossenschaften der  
49 Daseinsfürsorge.

## 50 51 **Gesundheit darf keine Ware sein**

52  
53 Gesundheitsversorgung ist eine Aufgabe, die in einer zivilisierten Gesellschaft solidarisch  
54 bewältigt werden muss. Sie darf nicht von Einkommen und sozialem Status abhängig sein.  
55 Einkommensschwache Menschen haben ohnedies erhöhte Gesundheitsrisiken und infolge

1 dessen eine verkürzte Lebenserwartung. Die voranschreitende Herausbildung einer Zwei-  
2 Klassen-Medizin ist nicht hinnehmbar.

3  
4 Mehrere Gesundheitsreformen haben seit 1997 dafür gesorgt, die Finanzsituation in Kliniken  
5 und Krankenhäusern der öffentlichen Hand immer prekärer werden zu lassen. Die  
6 Einführung von Fallpauschalen im Abrechnungssystem ist der Grund, dass Krankenhäuser  
7 nicht mehr in der Lage sind, ihren Investitionsbedarf und ständig steigende Kosten für  
8 Energie und medizinischen Bedarf zu decken. Die bayerische Landesregierung hat diese  
9 Entwicklung durch Kürzungen des Budgets für Krankenhausinvestitionen weiter verschärft.  
10 Für die Patientinnen und Patienten bedeutet das eine schlechtere Versorgung. Für die  
11 Beschäftigten hat das steigenden Rationalisierungsdruck mit beständig erhöhten  
12 Arbeitsanforderungen bei mangelhafter Lohnentwicklung bewirkt.

13  
14 Kliniken und Krankenhäuser werden privatisiert (Beispiele: Krankenhäuser Miltenberg,  
15 Erlenbach, Mainburg) oder geschlossen (Wissell Bad Kissingen, Mellrichstadt, Plattling). Die  
16 Überführung der Einrichtungen in privatwirtschaftliche Gesellschaftsformen wie GmbHs stellt  
17 dabei eine Vorstufe auf dem Weg zur Privatisierung dar und beschneidet die Möglichkeit  
18 demokratischer Kontrolle. Sie gefährdet weiterhin die umfassende Gesundheitsversorgung  
19 auch in ländlichen Gebieten. Die Konzentration von haus- und fachärztlichen Leistungen in  
20 medizinischen Versorgungszentren (MVZ) muss kritisch beobachtet werden, denn auch  
21 diese können zum Einfallstor für Privatisierung auf der Ebene der niedergelassenen Ärzte  
22 werden, sofern die MVZ nicht zwingend genossenschaftlich betrieben werden.

23  
24 Die aktuelle Bezuschussung von Modernisierungsmaßnahmen durch das Land Bayern ist zu  
25 begrüßen, beseitigt aber nicht die strukturellen Probleme auf der Einnahmenseite der  
26 Kliniken und Krankenhäusern, bleibt letztlich nur der sprichwörtliche Tropfen auf dem heißen  
27 Stein.

28  
29 Besonders kritisch sind die Bestrebungen zur Privatisierung der forensischen und  
30 allgemeinen Psychiatrie zu sehen. Es geht hier um hoheitliche Aufgaben, die nach  
31 Auffassung der LINKEN keinesfalls privaten Profitinteressen überantwortet werden dürfen.

32 Die flächendeckende Einführung einer Gesundheitskarte führt zu gläsernen Patienten und  
33 bewirkt eine Kostenexplosion ohne einen entsprechenden medizinischen Nutzen.

#### 34 35 DIE LINKE fordert:

- 36
- 37 • Keine Privatisierung von Einrichtungen der Gesundheitsversorgung
- 38 • Keine Mehrklassenmedizin - gute Gesundheitsversorgung für alle
- 39 • Ein flächendeckendes leistungsfähiges Gesundheitswesen auch in ländlichen Regionen
- 40 • Die Schaffung eines Landes-Gesundheitsfonds für hilfsbedürftige Menschen zur
- 41 Finanzierung von Brillen, Zahnersatz, medizinischen Hilfsmitteln, sowie der Praxisgebühr
- 42 und Medikamentenzuzahlungen.
- 43

#### 44 **Sozialer Wohnungsbau**

45  
46 Der soziale Wohnungsbau muss wieder stärker gefördert werden. Es gilt, den Mangel an  
47 bezahlbaren Wohnungen für Normalverdienende, Familien und Wohngemeinschaften zu  
48 beseitigen. Damit soll auch auf den übrigen Wohnungsmarkt mit für Normalverdienende  
49 kaum noch finanzierbaren Mietpreisen (wie z. B. in München und Umgebung) Einfluss  
50 genommen werden.

51  
52 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass - nach dem Vorbild einiger bayerischer Städte -  
53 landesweit ein Sozialpass Bayern eingeführt wird. Damit sollen Menschen mit geringem  
54 Einkommen die Möglichkeit erhalten, den öffentlichen Personenverkehr, kulturelle oder

1 sportliche Angebote wahrzunehmen. Viele Kinder und Jugendliche sind oft wegen der  
2 fehlenden finanziellen Mittel von Musik-, Kunst-, Freizeitaktivitäten  
3 ebenso ausgeschlossen wie von der aktiven sportlichen Betätigung in Vereinen.  
4 Es ist dringend erforderlich, dass landesweit Schuldner- und Verbraucherberatungsstellen  
5 gefördert werden.  
6

## 7 **Menschen mit Behinderungen**

8

9 Behinderte Menschen sind Teil unserer Gesellschaft. Der Ausgleich von Schwierigkeiten  
10 aufgrund Behinderungen bei der Teilhabe am täglichen Leben ist eine öffentliche Aufgabe  
11 und keine Privatsache. DIE LINKE will eine Ausweitung der Teilhabemöglichkeiten von  
12 Menschen mit Behinderung an den gesellschaftlichen Belangen. Wir unterstützen die  
13 Forderung der Behindertenverbände und –vertretungen nach mehr Eigenverantwortlichkeit  
14 und stärkere Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der Betroffenen.

15 Wir fordern ein eigenes Leistungsgesetz für die Teilhabe behinderter Menschen, in dem die  
16 finanzielle Förderung dieser Maßnahmen einkommens- und vermögens-unabhängig  
17 geregelt wird. Das geplante Gesetz zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit  
18 Behinderung muss nach Auffassung der LINKEN folgenden Grundsätzen entsprechen:  
19

- 20 • Es muss emanzipatorisch sein, die Menschenwürde stärken und auf Solidarität und  
21 Selbstbestimmung der Betroffenen setzen.
- 22 • Es muss die umfassende Teilhabe der Betroffenen am gesellschaftlichen Leben  
23 ermöglichen. Barrieren müssen beseitigt und behinderungsbedingte Nachteile  
24 ausgeglichen werden.
- 25 • Behindertenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Alle Neu-, Um- oder Anbauten im  
26 öffentlichen Bereich Bayerns müssen behindertengerecht und barrierefrei  
27 durchgeführt werden.
- 28 • Per Landesgesetz ist jede Kommune zu verpflichten, Behindertenbeiräte zu bilden,  
29 mindestens aber Beauftragte für Menschen mit Behinderungen zu ernennen.  
30

### 31 DIE LINKE steht für folgende landespolitische Ziele:

32

- 33 • Mit den Stimmen der LINKEN wird es keine Privatisierung öffentlichen Eigentums in  
34 Bayern geben.
- 35 • Die Privatisierung von Gesundheitseinrichtungen ist zu stoppen und, wo sie erfolgt  
36 ist, schnellstmöglich rückgängig zu machen.
- 37 • Wir werden uns jeder Änderung des Sparkassengesetzes oder anderer Gesetze, die  
38 bislang öffentliches Eigentum vor dem Zugriff privater Erwerber sichern,  
39 entgegenstellen.
- 40 • „Public-Private-Partnership“ (PPP) als demokratisch nicht kontrollierbares und stark  
41 überteuertes Modell zur Erfüllung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge  
42 lehnen wir ab.
- 43 • Die Bildungseinrichtungen Bayerns müssen tabu für Privatisierer sein. Wir wollen  
44 weder Schulkantinen von McDonalds noch Turnhallen mit Werbung für  
45 Markenturnschuhe noch Vorlesungssäle mit Werbung für Banken. Unsere  
46 Bildungseinrichtungen sollen aus dem demokratisch bestimmten Landeshaushalt mit  
47 dem ausgestattet werden, was sie brauchen.
- 48 • Die Sicherheit der Städte und Dörfer des Landes ist eine öffentliche Aufgabe.  
49 Sicherheit ist Sache der Polizei, sie gehört nicht in private Hände.  
50  
51  
52  
53  
54

### 3. Möglichkeiten der Finanzierung

Seit jetzt gut 25 Jahren betreiben SPD und CDU/CSU zusammen mit FDP und Grünen in trauter Eintracht und wechselnden Rollen dieselbe Politik: Sie schenken Jahr für Jahr den Reichen und Wohlhabenden, den Unternehmern und Konzernen mit immer neuen Steuererleichterungen immer mehr Geld. Seit dieser Zeit sind die staatlichen Einnahmen aus Steuern von 58 Prozent auf 39 Prozent gesunken.

Diese Steuergeschenke für die Reichen führen zu Milliardenausfällen. Andererseits belastet die große Koalition mit der Mehrwertsteuererhöhung besonders die Haushalte mit einem geringen Einkommen. Bund und Länder schenken so den Vermögenden weitere Milliarden und haben erreicht, dass inzwischen Deutschland das Land mit der niedrigsten Effektivbesteuerung in der EU ist.

Allein eine Anhebung der Abgabequote auf das Niveau, das unter dem ehemaligen CDU-Kanzler Kohl noch galt, würde ausreichen, um die Finanzierung der hier vorgeschlagenen Projekte sicher zu stellen.

Die durch diese Politik notwendig entstehende Verschuldung öffentlicher Kassen erweist sich dann auch noch als weiteres Mittel der Umverteilung von unten nach oben, weil Jahr für Jahr Milliarden an Zinsen über die Banken an die weitergeleitet werden, die sich den Erwerb von Anleihen und Wertpapieren leisten können.

Bei dieser Politik der Schaffung von immer mehr privatem Reichtum mit der gleichzeitigen Schaffung öffentlicher Armut vor allem in den Kommunen war Bayern nicht etwa Opfer. Die Staatsregierung hat im Bundesrat die in die falsche Richtung umverteilende Steuerpolitik mitgetragen und sogar vorangetrieben.

Die bayerische Staatsregierung ist stolz auf ihre Politik der Haushaltskonsolidierung, verschweigt jedoch, dass diese weitgehend auf Privatisierungserlöse und ein drastisches Sparprogramm mit Personalabbau im Öffentlichen Dienst zurückgeht.

Da das Steuerrecht zwischen den Ebenen Bund-Land-Kommune sehr eng verflochten ist, wird eine Landtagsfraktion der LINKEN auf eine andere Politik im Bundesrat drängen und zum Beispiel eine Börsensteuer und die bundesweite Wiedereinführung der Vermögenssteuer fordern. Die Einnahmen aus der Vermögenssteuer stehen in vollem Umfang den Ländern zu.

Das gesamte Steueraufkommen muss so umgestaltet werden, dass die Reichen über Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer, Erbschaftssteuer und Vermögenssteuer stärker belastet werden und die Länder und vor allem auch die Kommunen in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit zu erfüllen.

Steuerhinterziehungen müssen aufgedeckt werden! Bayern hat die bundesweit geringste Zahl an Betriebsprüfungen. Es entsteht der Eindruck, als würde die bayerische Staatsregierung dies sogar als positiven Standortfaktor im globalen Wettbewerb verstehen. Die Finanzämter müssen personell und finanziell so ausgestattet sein, dass Steuerhinterziehungen effektiver aufgedeckt und stringenter verfolgt werden können. Das Personal für Großverdiener- und Betriebsprüfungen ist zu verdoppeln. Jede zusätzliche Betriebsprüferin oder jeder zusätzliche Betriebsprüfer bringt ca. 1 Million zusätzliche Steuereinnahmen.

#### 1 **4. Gleiche Bildungschancen statt soziale Auslese – Bildung für alle**

2 Bildung ist ein Menschenrecht. DIE LINKE in Bayern fordert es für alle hier lebenden  
3 Menschen ein. Jede und jeder hat Anspruch auf gute Bildung, um die Persönlichkeit voll zu  
4 entwickeln und beste Chancen für die berufliche und persönliche Verwirklichung zu haben.

5 Für DIE LINKE ist Bildungspolitik darum auch Sozialpolitik, sie muss für alle Menschen  
6 Chancengleichheit beim Zugang und beim Erwerb von Bildung garantieren.

7 In unserem bayerischen Bildungssystem werden bestehende gesellschaftliche  
8 Ungleichheiten durch mangelnde individuelle Förderung, frühzeitige Auslese und soziale  
9 Ausgrenzung aber nicht abgebaut, sondern noch verstärkt. Das muss sich, das wollen wir  
10 ändern!

11 Jedes fünfzehnte Kind lebt in Bayern mit seiner Familie in Armut. Betroffen sind besonders  
12 Alleinerziehende, Migrantinnen und Migranten und Familien mit mehreren Kindern. An dem  
13 vielgliedrigen Schulwesen scheitern insbesondere Schülerinnen und Schüler aus  
14 einkommensschwachen Lebensverhältnissen.

15 Die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker der CSU betreiben gezielt Elitenförderung  
16 durch die frühzeitige Auslese der Schülerinnen und Schüler. Und sie machen es zudem  
17 handwerklich schlecht. G8 geriet zum Debakel: Undurchführbare Lehrpläne, ein Boom für  
18 Nachhilfeinstitute, Familien als private Paukanstalten schon bei Grundschulkindern,  
19 überforderte Kommunen durch hohe Umbaumaßnahmen, genervte Eltern, frustrierte Lehrer,  
20 erschöpfte Schüler sind das Ergebnis.

21 Bayerns Demokratie lebte und lebt auch davon, dass Grundwerte eines demokratischen  
22 Bildungswesens wie freier Zugang für alle zu den Bildungseinrichtungen, Chancengleichheit  
23 und demokratische Rechte der Bildungsteilnehmer und –teilnehmerinnen gelten. Wer als  
24 Weg aus der Bildungsmisere die weitere marktorientierte Umwandlung des öffentlichen  
25 Bildungswesens preist handelt nicht demokratisch. DIE LINKE lehnt darum Gebühren von  
26 Kindertagesstätten bis Hochschulen, den Ausbau von Privatschulen insbesondere im  
27 Gymnasialbereich und in der beruflichen Bildung und private Nachhilfe durch Eltern und  
28 Institute als Regelfall ab. Wir wollen, dass alle Wählerinnen und Wähler wissen: 50% + X für  
29 die CSU bedeuten dass es in Bayern kein Recht auf gesetzlichen Bildungsurlaub gibt und  
30 dass Bildung weiter zur Ware verkommt.

#### 31 Deshalb fordert DIE LINKE:

- 32 • DIE LINKE lehnt Bildung als Ware und damit die Privatisierung von  
33 Bildungseinrichtungen ab. Sie vertritt den Standpunkt, dass das Recht auf Bildung als  
34 gesellschaftliche und staatliche Aufgabe anerkannt und verwirklicht werden muss.  
35 Die zunehmende Auslagerung des Lernens aus der öffentlichen Verantwortung hin  
36 zu privaten Einrichtungen und Maßnahmen muss gestoppt werden.
- 37 • Für DIE LINKE ist das Ziel von Bildung und Erziehung die allseitige Entwicklung der  
38 Persönlichkeit der Menschen, die diese befähigt, ihr persönliches Leben zu meistern,  
39 am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und es aktiv mitzugestalten.
- 40 • DIE LINKE fordert Chancengleichheit im Bildungsbereich.
- 41 • DIE LINKE fordert die Trennung von Staat und Kirche auch in den Schulen. Ethische  
42 Normen und die Auseinandersetzung mit Themen wie Würde und Freiheit, Recht auf  
43 Leben und Eigentum, Gemeinwohlorientierung, demokratische Teilhabe, gehören  
44 unverzichtbar in den Schulunterricht. Die heute meist praktizierte Gleichsetzung von  
45 Religion mit Werteerziehung befördert eine Aufsplitterung und falsche  
46 Gruppenbildung in der Schule. Für den Erziehungsauftrag des staatlichen  
47 Schulwesens bedeutet das, dass allgemeinverbindliche Werte nur klar benennbare

1 Verfassungswerte sein können, die das Zusammenleben der Menschen regeln  
2 sollen. Die religiös-weltanschauliche Erziehung ist keine Staatsaufgabe, sondern eine  
3 ureigene Aufgabe der Eltern, die sich dabei, wenn sie es wollen, auf die Hilfen von  
4 religiösen Gemeinden und weltanschaulicher Verbände stützen können.

- 5 • Bund, Länder und Kommunen haben die notwendigen personellen und materiellen  
6 Voraussetzungen zu schaffen, damit das Recht auf Bildung von allen  
7 wahrgenommen werden kann. Der Zugang zu den Bildungseinrichtungen muss  
8 gebührenfrei sein.
- 9 • DIE LINKE in Bayern tritt ein für ein einheitliches Dienstrecht und für eine  
10 versicherungspflichtige und tarifvertragliche Regelung aller  
11 Beschäftigungsverhältnisse, in der Gruppen-/Klassenstärken, Personalschlüssel und  
12 Arbeits- bzw. Pflichtstundenmaße so gestaltet werden, dass die derzeitigen  
13 Überbelastungen abgebaut werden.

#### 14 **Gemeinschaftsschule - Eine Schule für alle**

15 Die bayerische LINKE setzt auf eine 10-jährige gemeinsame Schule für alle. Wir wollen keine  
16 frühzeitige Auslese der Kinder. Das Projekt Gemeinschaftsschule beschreibt Wege zu einer  
17 gemeinsamen Schule für alle Kinder, unabhängig von ihrer sozialen, kulturellen oder  
18 ethnischen Herkunft, unabhängig von Alter und Geschlecht, unabhängig von der  
19 Religionszugehörigkeit und unabhängig von einer Behinderung. Diese Schule ist von einer  
20 Lehr- und Lernkultur gekennzeichnet, in der gegenseitige Achtung und Akzeptanz wie auch  
21 das Lernen mit- und voneinander selbstverständlich sind. Sie fördert das individuelle Lernen,  
22 die Leistungsbereitschaft und Freude an der Leistung und vermittelt den Umgang mit  
23 Verschiedenheit und interkulturelle Kompetenz. Dadurch wird gewährleistet, dass möglichst  
24 alle Schülerinnen und Schüler einen erfolgreichen Schulabschluss erreichen.

25 DIE LINKE in Bayern setzt sich für Maßnahmen ein, die das Wiederholen von  
26 Jahrgangsstufen unnötig machen. So sind aus auftauchenden Lern- und Sozialproblemen  
27 umgehend entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

28 Dort, wo die Betroffenen es wünschen, sind gebundene Ganztagschulen anzubieten, die  
29 über eine „Verwahranstalt am Nachmittag“ hinausgehen. Sie sind so einzurichten, dass den  
30 Schülerinnen und Schülern auch nachmittags Bildungs- und Betreuungsangebote,  
31 insbesondere kreative und experimentelle Lernerfahrungen, zur Verfügung stehen. Bei der  
32 Erledigung der Hausaufgaben werden die Schüler von qualifizierten Lehrkräften unterstützt.

#### 33 DIE LINKE in Bayern fordert:

- 34 • Die Rücknahme von Arbeitszeitverlängerung
- 35 • Mehr Ganztagsangebote mit mehr Lehrerinnen und Lehrer und die Rücknahme der  
36 Personalkürzungen
- 37 • Für Lehrkräfte mit Klassenleitung die Anrechnung einer Stunde im  
38 Wochenstundendeputat für Klassenleitertätigkeit, Elternsprechstunden und  
39 Schülersprechstunden, deren Umfang längerfristig auf drei Stunden auszubauen ist
- 40 • Eine deutliche Reduzierung der Klassen- und Kursstärken.

41 Ein Schwerpunkt künftiger Lehrerausbildung muss im qualifizierten Umgang mit der  
42 Heterogenität von Gruppen liegen.

43

#### 44 **Berufliche Bildung verbessern – Weg mit den Studiengebühren**

45 In Bayern soll jeder Jugendliche, der das wünscht, Anspruch auf einen Ausbildungsplatz  
46 haben. Berufliche Schulen sind auszubauen, die Zahl der Stellen für Lehrerinnen und Lehrer  
47 ist deutlich zu erhöhen. Den steuerfinanzierten Ausbildungsbonus für die Ausbildung so

1 genannter "schwer vermittelbarer Altbewerber" lehnt Die bayerische LINKE ab. Sie fordert  
2 eine Ausbildungsplatzabgabe von jedem Betrieb, der nicht ausbildet. Damit werden die  
3 Betriebe unterstützt, die ausbilden. Die Zusammenarbeit von ausbildenden Betrieben und  
4 Berufsschulen muss optimiert werden.

5 Die aktuellen Debatten zum Thema Hochschulpolitik handeln ausschließlich von  
6 Wettbewerbsförderung, Standortsicherung und Exzellenzförderung. Ziel der bayrischen  
7 Regierung ist es, auch den Universitätsbereich für den freien Markt zu öffnen und  
8 akademische Einrichtungen in ökonomische Dienstleistungsbetriebe zu verwandeln. Dies ist  
9 nicht nur soziale Selektion, sondern auch ein massiver Eingriff in die demokratische  
10 Verfassung der Hochschule. Für DIE LINKE steht fest: auch die Hochschulen müssen in  
11 öffentlicher Verantwortung liegen. Deshalb wendet sich die bayerische LINKE entschieden  
12 gegen alle Formen von schleichender Privatisierung. Grundsätzlich muss der  
13 Hochschulzugang ohne vorherige soziale Selektion und ohne Studiengebühren erfolgen. DIE  
14 LINKE tritt für ein elternunabhängiges BAFÖG ein, denn jede und jeder muss in  
15 demokratischer Weise am Bildungsprozess teilhaben können. Der Zugang zur Hochschule  
16 muss berufsbegleitend auch ohne Abitur möglich sein, entsprechende Möglichkeiten sind zu  
17 fördern und auszubauen. Den studentischen Vertretungen an den Hochschulen ist endlich  
18 ein politisches Mandat gesetzlich zu garantieren.

19 Arbeitsverhältnisse in der beruflichen Bildung, an den Universitäten und Hochschulen  
20 müssen durch dauerhafte und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze gesichert werden,  
21 Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten sind auszubauen.

## 22 **Lebensbegleitendes Lernen ermöglichen – Weiterbildung ausbauen**

23 Grundsätzlich ist die Weiterbildung eine öffentliche Aufgabe. Ziel muss es dabei sein, dass  
24 den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Angebote gemacht werden, die ihren persönlichen  
25 und beruflichen Interessen entsprechen und/oder dem Ziel der gesellschaftlichen Integration  
26 dienen.

27 Damit sollen die Chancen der Beschäftigten auf Partizipation in Gesellschaft und Arbeitswelt,  
28 gerade in einer sich rapide verändernden Umwelt aufrechterhalten werden. Um  
29 lebensbegleitende Bildungsmöglichkeiten zu schaffen, fordert DIE LINKE in Bayern, die  
30 öffentlichen Ausgaben für alle Bereiche der öffentlich geförderten Weiterbildung ausreichend  
31 finanziell und personell auszustatten.  
32 DIE LINKE in Bayern fordert den Erhalt und Ausbau der Volkshochschulen.

33  
34 Im öffentlich geförderten Teil der beruflichen Weiterbildung müssen die Integration von  
35 Arbeitslosen und ihre Qualifikationsbedürfnisse stärker in den Mittelpunkt gestellt werden.  
36 Die schnelle Vermittlung in schlecht bezahlte und sozial nicht abgesicherte Arbeit lehnt DIE  
37 LINKE ab. Langzeitarbeitslose dürfen nicht zu Maßnahmen gezwungen werden, die kaum  
38 Qualifikation schaffen oder erhalten oder gar feste Arbeitsverhältnisse verhindern und  
39 zerstören.

40 Die sozialversicherungspflichtige unbefristete Vollzeitbeschäftigung mit angemessener  
41 Bezahlung muss zur Regel werden.  
42 Grundsätzlich müssen alle Beschäftigten entsprechend den tariflichen Regelungen in  
43 anderen öffentlichen Bildungsbereichen bezahlt werden. Befristungen von Seiten des  
44 Arbeitgebers lehnt DIE LINKE in Bayern ab. Für freiberuflich tätige Lehrkräfte, die häufig  
45 scheinselfständig beschäftigt sind, fordert DIE LINKE in Bayern ein Honorar, das einem  
46 Entgelt für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in diesem Bereich entspricht.

47

48

## 1 **Ausbau von Elementarbildung, Jugendhilfe und Sozialarbeit**

2 Bildung beginnt und endet nicht mit der Schule, sondern ist ein vielschichtiger  
3 lebensbegleitender Prozess. Besonders wichtig für eine erfolgreiche Bildungsbiografie ist der  
4 frühe Beginn, die Elementarbildung.

5 Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen und deshalb dem Kultusministerium zu  
6 unterstellen. Sie sind für eine gute individuelle Entwicklung der Kinder, den Abbau von  
7 Benachteiligungen und die Chancengleichheit beim Zugang und Erwerb von Bildung sowie  
8 für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unverzichtbar. Soziale Lernprozesse und Bildung  
9 schon im frühen Kindesalter mindern Entwicklungsverzögerungen und daraus resultierende  
10 Chancenungerechtigkeiten, verstärken positives Sozialverhalten und beugen so  
11 ‚Jugendgewalt‘ vor.  
12 Wir brauchen in Bayern viel mehr Kindertageseinrichtungen, die intensiv zur Integration von  
13 Behinderten und Nichtbehinderten, anderer Kinder mit besonderem Förderbedarf, aber auch  
14 besonders begabter Kinder genutzt werden. Deshalb fordert DIE LINKE von Bund, Ländern  
15 und Gemeinden flächendeckend integrative gebührenfreie Tageseinrichtungen mit dem dafür  
16 erforderlichen Personal zu schaffen. In einem ersten Schritt sollen Kinder und Eltern im  
17 letzten Jahr vor der Schule einen Rechtsanspruch auf eine kostenfreie Förderung erhalten.  
18 Es sind Bedingungen zu schaffen, unter denen sich möglichst viele Kinder und Eltern  
19 frühzeitig für eine Förderung in einer Kindertagesstätte entscheiden können. Vorhandene  
20 Beschränkungen beim Zugang zu den Kindertagesstätten müssen abgebaut werden, das  
21 derzeitige Buchungssystem ist zugunsten eines pädagogisch sinnvollen  
22 Gesamtbildungskonzeptes abzuschaffen. Die Sprachenvielfalt in einer Gruppe darf nicht als  
23 Handicap, sondern muss als Gewinn betrachtet und genutzt werden.  
24 Die Erzieherinnen und Sozialpädagoginnen tragen im Umgang mit Kindern und Jugendlichen  
25 große Verantwortung. Sie brauchen für ihre Arbeit eine qualifizierte Ausbildung,  
26 insbesondere im Bereich der Diagnostik und der Sprachförderung. Dazu bedarf es  
27 ausreichender Weiterbildungsangebote und Zeit, um alle Kinder individuell zu fördern. Auch  
28 aus diesem Grund setzt sich DIE LINKE für mehr qualifiziertes Personal und einen höheren  
29 Betreuungsschlüssel in den Kindertagesstätten und Jugendpflegestätten ein.  
30 Die Zusammenarbeit von Kinder- und Jugendarbeit, von Jugendhilfe und Schule, von  
31 Fachkräften der Schul-, Sonder- und Sozialpädagogik sowie therapeutischer Kräfte ist  
32 notwendiger Bestandteil integrativer Bildung und Erziehung. Dazu sind die personellen und  
33 rechtlichen Voraussetzungen herzustellen  
34 DIE LINKE in Bayern setzt sich dafür ein, dass alle Kinder in den Einrichtungen ein  
35 gesundes und bezahlbares Mittagessen erhalten.

## 36 **Umverteilung statt Kürzungen bei der Bildung**

37 Gute öffentliche Bildung kostet erheblich mehr Geld als das Land Bayern und der Bund  
38 bereit sind zur Verfügung zu stellen: Die Bildungsausgaben lagen in Deutschland nach  
39 OECD-Angaben im Jahr 2004 bei nur 4,6% des Bruttoinlandsprodukts, wohingegen der  
40 OECD-Durchschnitt lag bei 5,4%, in Schweden bei 7,4% und in Dänemark bei 8,4% des BIP.

41 Der Anteil der Bildungsausgaben am BIP liegt in Bayern zudem noch unter dem  
42 Bundesdurchschnitt. Er muss zunächst schrittweise auf 7% erhöht werden und dauerhaft am  
43 wachsenden Bedarf der Menschen ausgerichtet sein. Öffentliche Bildung muss  
44 steuerfinanziert sein. Ohne eine stärkere Belastung der Superreichen über  
45 Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer, Erbschaftssteuer und Vermögenssteuer werden  
46 die Länder und Kommunen nicht in der Lage sein, ihre Aufgaben im Interesse der  
47 Allgemeinheit zu erfüllen. DIE LINKE schlägt in diesem Wahlprogramm entsprechende  
48 Änderungen vor.  
49

## 1 **Freiheit für Kunst und Kultur!**

2  
3 DIE LINKE ist der Auffassung, dass der Mensch im Mittelpunkt der Politik stehen soll. Sie ist  
4 somit selbst ein kulturelles Projekt zur Umsetzung der Überzeugung, dass die Wirtschaft  
5 dem Menschen zu dienen hat.

6 Kulturelle Bildung und musische Tätigkeiten sind kein Luxus oder gar ein nutzloser  
7 Zeitvertreib, sondern ein wesentlicher Bestandteil der Persönlichkeitsentwicklung und  
8 Grundbedürfnis eines jeden Menschen. Alle Menschen in unserer Gesellschaft sollen daran  
9 teilhaben können; und zwar nicht nur als reine Konsumenten, zu denen wir uns mehr und  
10 mehr reduziert haben (lassen), sondern als selbst tätige schöpferische Gestalter und  
11 Gestalterinnen.

12 Kunst und Kultur sind außerdem Orte der Begegnung und des Dialogs unterschiedlicher  
13 Kulturen. Hier werden Verständnis und Toleranz für *die Anderen* gefördert und für *das*  
14 *Eigene*.

### 15 16 Daher fordert DIE LINKE in Bayern:

- 17  
18 • Kulturelle und musische Bildung soll in den Schulen gleichberechtigt mit anderen  
19 Fächern behandelt und gelehrt werden; DIE LINKE fordert eine Wertschätzung dieser  
20 Fächer, die sich auch in einer angemessenen Berücksichtigung in Lehrplänen  
21 niederschlagen soll.
- 22 • Die Beschäftigungssituation von Künstlerinnen und Künstlern muss verbessert  
23 werden. DIE LINKE tritt dementsprechend für mehr – dringend benötigte –  
24 Arbeitsplätze und Projekte im kulturellen und sozialen Sektor ein.
- 25 • Kulturpolitik muss darauf hinwirken, dass ein vielgestaltiges und ausgewogenes  
26 kulturelles Angebot vorhanden ist und für die Allgemeinheit zugänglich bleibt.
- 27 • Keine einseitige Förderung bestimmter kultureller und künstlerischer Institutionen und  
28 Richtungen; DIE LINKE tritt ein für Vielfalt und Toleranz.
- 29 • Der Besuch von Theatern, Museen und anderen Kunstinstituten sowie die Teilnahme  
30 an musischen Weiterbildungsangeboten – zum Beispiel an der Volkshochschule –  
31 müssen für alle bezahlbar sein.
- 32 • Unterstützung der mehr und mehr abbröckelnden kulturellen Infrastruktur der  
33 bayerischen Kommunen im ländlichen Bereich.

## 34 35 **Medienvielfalt statt kommerzieller Medienverflachung**

36  
37 Medien filtern die Informationen für die Bevölkerung und prägen die Kultur. Wer Medien  
38 besitzt oder kontrolliert, kann gesellschaftliche Entwicklungen stark beeinflussen. Die  
39 einflussreichsten Medien in Bayern festigen die von der CSU geschaffenen herrschenden  
40 Verhältnisse. DIE LINKE verteidigt in Bayern die Pressefreiheit, unterstützt unabhängige  
41 Medienmacherinnen und Medienmacher und trägt selbst zur Herstellung von demokratischer  
42 Gegenöffentlichkeit bei.

43  
44 In Presse, Fernsehen und Radio werden kommerzielle Interessen immer bestimmender.  
45 Zunehmende Konzentrationsprozesse und Renditedruck führen zu weiterer Verflachung der  
46 Berichterstattung, personell unterbesetzte Redaktionen sind außerstande, eine unabhängige  
47 und zuverlässige Berichterstattung zu gewährleisten. Der Einfluss von PR-Agenturen auf  
48 Redaktionen hat beängstigend zugenommen. Dies alles geht zu Lasten verlässlicher  
49 Information und berührt die demokratische Substanz unserer Gesellschaft. Besonders  
50 beunruhigend ist, dass sich Finanzinvestoren in immer größerem Ausmaß des  
51 Mediensektors bemächtigen. Diesen geht es in keiner Weise mehr um Information sondern  
52 einzig um Rendite.

53  
54 In einer so deformierten Medienlandschaft könnte der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine  
55 umso bedeutendere Quelle unabhängiger Information sein. Die politische Berichterstattung

1 des Bayerischen Rundfunks ist jedoch, von Ausnahmen abgesehen, ähnlich angepasst wie  
2 die der kommerziellen Presse. Wichtige Informationen und wichtige Filme werden der  
3 Öffentlichkeit entweder gänzlich vorenthalten oder zu nächtlicher Zeit gesendet, so dass die  
4 arbeitende Bevölkerung sie kaum sehen kann. Der eigentliche Auftrag öffentlich-rechtlichen  
5 Rundfunks wird damit nicht erfüllt.

6  
7 DIE LINKE setzt sich für Medienvielfalt ein, deren Ziel eine informierte Bevölkerung ist. Um  
8 der weiteren Verflachung der Presse entgegenzuwirken, sind Redaktionsstatute, die den  
9 Redaktionen eine unabhängigere Arbeit sichern, unerlässlich. Diese einstmals auch von  
10 Sozialdemokraten vertretene Forderung könnte bei entsprechenden Mehrheiten im Landtag  
11 durch ein Landespressegesetz verbindlich festgelegt werden.

12  
13 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss gestärkt werden.

14  
15 Daher fordert DIE LINKE in Bayern:

- 16  
17 • DIE LINKE fordert eine stärkere Unabhängigkeit des Bayerischen Rundfunks bei der  
18 Programmgestaltung. Dafür müssen die Aufsichtsgremien des Senders so  
19 zusammengesetzt werden, dass den Interessen der arbeitenden Bevölkerung stärker  
20 Geltung verschafft wird.
- 21 • DIE LINKE tritt ein für die verbesserte Einhaltung der Regeln gemäß  
22 Landesmediengesetz Art. 4 im Sinne der Ausgewogenheit des Gesamtangebots und  
23 der Meinungsvielfalt.
- 24 • Die Tendenz zur weiteren Kommerzialisierung des öffentlich-rechtlichen  
25 Programmangebots lehnt DIE LINKE ab.
- 26 • Der Empfang des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks muss für die Bürgerinnen und  
27 Bürger bezahlbar bleiben.
- 28 • Die geltenden Regelungen für die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht durch  
29 die GEZ sind zu ändern. Geringverdiener, Studierende und Bezieher von  
30 Niedrigrenten - auch solche, die bewusst auf den Bezug von Sozialleistungen  
31 verzichten - sind ebenso wie Arbeitslose in Hartz IV mit Zuverdienst zu befreien.

32  
33 Mit der Entfaltung und Verbreitung des digitalen Netzes entstehen und reproduzieren sich  
34 spezifische soziale und räumliche Mechanismen der Ausgrenzung. In Bayern ist der Zugang  
35 zu digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien nach Einkommen und Region  
36 ungleich verteilt. Dies führt zu einer Spaltung der Gesellschaft und steht damit im  
37 Widerspruch zu demokratischen Grundideen.

38 DIE LINKE fordert daher, die Infrastruktur für ein bezahlbares „Breitband-Internet für alle“ in  
39 Bayern bereitzustellen.

40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52

## 5. Gleichberechtigung

Wir streben eine demokratische Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung an, die die traditionelle Rollenaufteilung grundlegend ändert und die patriarchalische Kultur beseitigt. Wir treten ein für Integration, Emanzipation und Gleichberechtigung. Wir stehen gegen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Ausbeutung und Unterdrückung jeglicher Art.

### Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen

Obwohl die Gleichberechtigung der Geschlechter verfassungsrechtlich garantiert ist, wurde bis heute die ungleiche Verteilung von Lebenschancen bei weitem nicht aufgehoben. Frauen weisen beispielsweise heutzutage bessere Bildungsabschlüsse vor und verdienen bei gleicher Arbeit trotzdem noch immer fast 30 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Viele berufstätige Frauen haben kein Existenz sicherndes Einkommen. Frauen, auf denen nach wie vor der Großteil an familiären und fürsorglichen Verpflichtungen wie Kinder- und Altenpflege, Erziehung und Haushalt lastet, sind darum von der Politik des Neoliberalismus und des Sozialkollaps besonders hart betroffen.

Das Modell des männlichen Familienernährers, was insbesondere die CSU anstrebt, ist überholt. Es gehört abgeschafft.

#### DIE LINKE tritt darum in Bayern und überall ein für:

- Gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit und Qualifikation
- Eine frühzeitige Förderung einer geschlechtsunabhängigen Berufswahl
- Eine Politik der Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverzicht und keine „erzwungene“ Teilzeit
- Die Abschaffung des Ehegattensplittings
- Ein eigenes, vom Mann unabhängiges Aufenthaltsrecht für Migrantinnen
- Keine Anrechnung des Kindergeldes auf die staatlich gewährten Grundsicherungsleistungen
- Die sofortige Abschaffung des Paragraphen 218 Strafgesetzbuch

#### Gewalt gegen Frauen muss konsequent bekämpft werden. Das bedeutet für DIE LINKE:

- Nein zu Gewalt und Unterdrückung in der Ehe und anderen Lebensgemeinschaften
- Konsequentes Vorgehen gegen Zwangsehen
- Schutz von Prostituierten vor Zuhältern und Freiern
- Verschärfte Strafverfolgung von Menschenhandel und Zwangsprostitution unter Verschonung der betroffenen Frauen
- Mehr Geld für autonome Frauenprojekte und Pauschalfinanzierung für Frauenhäuser
- Gelder für Forschung und Prävention zur Verhinderung sexueller Gewalttaten
- Finanzierung von Therapiegruppen für gewalttätige Männer

#### Für ein frauenfreundliches und emanzipiertes Bayern benötigen wir

- quotierte Besetzungen aller Gremien des Landes
- hauptamtliche Gleichstellungs- und Frauenvertreterinnen
- vom Staat unabhängige Gleichstellungsstellen
- mehr Rechte und Einfluss für Frauenbeauftragte im Öffentlichen Dienst
- eine Novellierung des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes
- die Erhöhung des Frauenanteils bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft
- eine Novellierung des Vergabegesetzes zur Absicherung der Frauenförderung

- 1 • einen jährlichen Frauenarmutsbericht für Bayern.  
2

### 3 **Für eine zukunftsfähige Migrations- und Integrationspolitik**

4  
5 Nach mehr als 50 Jahren bundesdeutscher Migrationsgeschichte ist festzustellen, dass  
6 Migrantinnen und Migranten noch immer vielfachen gesellschaftlichen Ausgrenzungen  
7 ausgeliefert sind. Auch in Bayern sind die Migrantinnen und Migranten oft in ihrer  
8 Wohnumgebung isoliert, in der Arbeitswelt überwiegend mit niedrigen Tätigkeiten betraut  
9 und vom gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben ausgeschlossen.

10  
11 Der überwiegende Teil der Migrantinnen und Migranten hatte keine guten Bildungschancen.  
12 Für die jeweils nachfolgenden Generationen setzt sich diese negative Entwicklung nahtlos  
13 fort. Bayern braucht eine nachholende Integrationspolitik, die durch gezielte und  
14 unkonventionelle Maßnahmen bessere Arbeits- und Lebenschancen für die Migrantinnen  
15 und Migranten eröffnet.

16  
17 Wir fordern eine Politik, die alle in Bayern lebenden Menschen in ihrer Vielfalt  
18 gleichbehandelt und dadurch den Zusammenhalt der Gesellschaft fördert. Dabei verstehen  
19 wir unter Integration die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am kulturellen,  
20 politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben in einer solidarischen und  
21 demokratischen Gesellschaft.  
22

### 23 **Für ein Ministerium für Migration und Integration**

24  
25 DIE LINKE fordert die Einrichtung eines »Ministeriums für Migration und Integration« mit dem  
26 Ziel, ein tragfähiges Migrations- und Integrationskonzept zu erarbeiten, dieses auf allen  
27 Ebenen des Freistaates umzusetzen und die Umsetzung in regelmäßigen Abständen zu  
28 evaluieren. Im Rahmen dieses Konzeptes sollten neue Wege mit allen Beteiligten verabredet  
29 und die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Ein weiterer Schwerpunkt der ministeriellen  
30 Arbeit soll darin liegen, als Ansprechpartner für alle Privatpersonen, Vereine und  
31 Institutionen zu dienen, welche sich mit dem Thema Migration und Integration  
32 auseinandersetzen.  
33

### 34 **Chancengleichheit verwirklichen**

35  
36 Die Migrantinnen und Migranten sind vom Sozialabbau besonders hart betroffen. Durch  
37 Hartz IV ist der Anschluss an den Arbeitsmarkt und die Familienzusammenführung fast  
38 unmöglich geworden. Aufgrund des ALG II erhalten viele kein dauerhaftes Bleiberecht mehr.  
39 Zudem wird die Einbürgerung erschwert, und im Extremfall droht die Nichtverlängerung der  
40 Aufenthaltserlaubnis!

41  
42 Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit und mangelnde Bildung sozial Benachteiligter sind  
43 Bestandteile der allgemeinen Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in  
44 Deutschland. Sie wirken auf Migrantinnen und Migranten in besonderem Maße negativ, da  
45 ihnen oft einseitig die Schuld an ihrer Situation zugeschrieben wird. Wir sind gegen jede  
46 Politik, die Zuwanderer und Einheimische spalten will.  
47

48 Der Öffentliche Dienst muss Vorreiter für die Integration in Ausbildung und Berufsleben  
49 werden. Eine stärkere interkulturelle Öffnung der Verwaltung ist anzustreben. Die  
50 interkulturelle Kompetenz von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst muss verstärkt gefördert  
51 werden. Die Arbeitsmarktpolitik soll auf die Wiedereingliederung niedrig qualifizierter  
52 Menschen ausgerichtet werden.

1 In Institutionen wie Krankenhäusern, Beratungsstellen und Gefängnissen müssen mehr  
2 Fachkräfte mit interkultureller Kompetenz und Migrationshintergrund eingesetzt werden. Die  
3 Kompetenzen aller in diesem Bereich Tätigen müssen mit Fortbildungen stets  
4 weiterentwickelt werden. Der Unterversorgung von Migrantinnen und Migranten im Bereich  
5 der psychosozialen Beratung und der psychotherapeutischen Betreuung ist durch eine  
6 gezielte Ausbildung und die Einrichtung entsprechender Stellen entgegenzuwirken.

7  
8 Die erste Generation der Migrantinnen und Migranten hat längst das Rentenalter erreicht.  
9 Viele von ihnen bedürfen der Unterstützung und Pflege durch öffentliche Einrichtungen. Wir  
10 fordern, dass muttersprachliche Beratung im Hinblick auf die Gruppe der Senioren  
11 ausgebaut wird.

12  
13 Migrantinnen und Migranten gelten in unserer Gesellschaft häufig als unqualifiziert und  
14 ungelernt, unter anderem auch deswegen, weil ihre schulischen und beruflichen Abschlüsse  
15 aus ihren Herkunftsländern nur unter komplizierten Voraussetzungen oder überhaupt nicht  
16 anerkannt werden. Dadurch werden in der Gesellschaft vorhandene Ressourcen  
17 verschleudert. Die Akzeptanz ausländischer Bildungsabschlüsse muss deshalb erhöht und  
18 für qualifizierte Migrantinnen und Migranten sollen verstärkt Anpassungsfortbildungen  
19 entwickelt und angeboten werden.

20  
21 Unter diesem Punkt sind auch die kommunale Wohnungspolitik und Projekte, wie die  
22 »Soziale Stadt«, sehr wichtig, die in Zusammenarbeit mit den Kommunen erweitert und  
23 unterstützt werden sollten.

## 24 25 **Für die Gleichberechtigung aller Lebensweisen**

26  
27 Gleichberechtigung für Lesben, Schwule, Transgender, inter- und bisexuelle, kurz queere  
28 Menschen, ist noch nicht erreicht. Diskriminierung besteht am Arbeitsplatz, in öffentlichen  
29 oder privaten Institutionen und anderen Bereichen. In Bayern gipfelt die institutionelle  
30 Diskriminierung in der Verweigerung des Rechts gleichgeschlechtlicher Paare ihre  
31 Lebenspartnerschaft auf dem Standesamt zu schließen, wie es in allen anderen  
32 Bundesländern üblich ist. Sie müssen in Bayern zur Notarin/zum Notar, womit der Ehe  
33 zweiter Klasse ein weiteres Etikett der Nachrangigkeit angeheftet wird. Auch in schulischer  
34 und außerschulischer Bildung erhalten queere Lebensweisen nicht den ihnen zustehenden  
35 Raum, erfahren queere Menschen Ausgrenzung statt Respekt.

36  
37 DIE LINKE tritt für die uneingeschränkte Gleichberechtigung der Lebensweisen von  
38 Schwulen, Lesben, Transgender, Inter-, Bi- und Heterosexuellen ein. Bei uns sind sie Teil  
39 eines neuen Familienbildes, welches gegenseitige Verantwortung in unterschiedlichsten  
40 Lebensformen stärkt. Dabei kann die Institution der bürgerlichen Ehe nicht die einzig  
41 anerkannte Familienform sein. Keine Beziehungsform, auch nicht die langjährig monogame  
42 Zweierbeziehung sollte bevorzugt werden.

43  
44 In schulischer und außerschulischer Bildung sollen alle Lebensentwürfe als gleichberechtigt  
45 dargestellt werden. Ziel ist die selbstbestimmte Findung des eigenen Lebensentwurfs und  
46 der eigenen Sexualität. DIE LINKE unterstützt emanzipatorische und aufklärerische  
47 Kulturarbeit, die die gesellschaftliche Akzeptanz alternativer Lebensweisen fördert.

48  
49 DIE LINKE. reflektiert kritisch alle am biologischen Geschlecht ausgerichteten Identitäten  
50 und Machtformen und forderte schon in der Vergangenheit die Abschaffung des gesetzlichen  
51 Geschlechts, als eines Pfeilers gesellschaftlicher Normierung, die schon mit der Eintragung  
52 in den Ausweis beginnt.

### 53 54 DIE LINKE fordert:

- 55  
56 • Die Einrichtung eines Fachbereichs für gleichgeschlechtliche Lebensweisen beim

- 1 bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen  
2 • Konsequente Umsetzung des allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) in der  
3 öffentlichen Verwaltung  
4 • Queere Jugendliche und Kinder und Jugendlichen aus queeren  
5 Lebensgemeinschaften muss der Besuch von Schulen und Kindergärten ohne  
6 Diskriminierung möglich sein. Lehrpläne, Fortbildungsmaßnahmen für Lehrerinnen  
7 und Lehrer und Erzieherinnen und Erzieher sowie Projektangebote sind  
8 entsprechend auszurichten.  
9

## 10 **6. Für ein demokratisches Bayern**

11 „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“. So bestimmt es Artikel 20 Abs. 2 Satz 1 des  
12 Grundgesetzes und Artikel 2 der bayerischen Verfassung. Nur noch eine Minderheit der  
13 Bevölkerung empfindet diese Rechtsnorm jedoch als Realität. Eine immer weiter  
14 zurückgehende Wahlbeteiligung macht deutlich, wie gering die Erwartungen der  
15 Einwohnerinnen und Einwohner an positive politische Veränderungen sind. Das kann sich  
16 nur ändern, wenn die Menschen an den Entscheidungsprozessen teilnehmen können. Zu  
17 hoch sind die Hürden für Mitsprachemöglichkeiten bei Volksentscheiden und  
18 Bürgerbegehren.

### 19 DIE LINKE fordert deshalb

- 20 • Die Senkung der rechtlichen Hürden für kommunale und landesweite  
21 Volksabstimmungen  
22 • Die Ausweitung des allgemeinen Wahlrechts auf alle Bürgerinnen und Bürger, die in  
23 Bayern leben und über 16 Jahre alt sind  
24 • Die Einführung des demokratischeren Hare-Niemeyer-Auszählverfahrens bei Wahlen  
25 • Die Stärkung einer politischen Vielfalt in den kommunalen Parlamenten. Dafür muss  
26 die Möglichkeit, bei Kommunalwahlen antreten zu können, deutlich erleichtert  
27 werden.

## 28 **Für die Demokratisierung der Verwaltung**

29 Verwaltungsreform hieß für die CSU-Landesregierungen in der Vergangenheit immer nur  
30 eines: Personalabbau, Arbeitsverdichtung und Beschneidung der Mitbestimmung der  
31 Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Letztlich bedeutete dies weniger Bürgernähe und  
32 weniger Motivation der Beschäftigten. DIE LINKE will einen anderen Weg beschreiten. Eine  
33 einwohnerfreundliche Verwaltung muss unter nachvollziehbaren Kriterien ihre Aufgaben  
34 erledigen. Dies kann sie nur tun mit dem dafür nötigen Personal. Bestehende Hierarchien  
35 sollten abgebaut werden und die Entscheidungsebene weiter nach unten verlagert werden.

36 Wir wollen die Bezirksregierungen abschaffen. Stattdessen fordert DIE LINKE, möglichst  
37 viele Kompetenzen zu dezentralisieren, damit mehr Entscheidungen vor Ort getroffen  
38 werden können. Dies muss mit der zwingenden Voraussetzung geschehen, dass die  
39 kommunalen Körperschaften mit den erforderlichen Finanzen ausgestattet werden, damit die  
40 neuen Aufgaben bewältigen werden können.

## 41 42 **Freiheitsrechte und „Innere Sicherheit“**

43 Die Debatte um die „Innere Sicherheit“ ist immer mehr geprägt von Schlagwörtern wie  
44 allgemeiner Terrorverdacht, Videoüberwachung, Vorratsdatenspeicherung, Lauschangriff,  
45 genetischer Fingerabdruck oder verdachtsunabhängige Kontrolle. Persönliche Freiheits-

1 rechte, die den einzelnen Bürger vor staatlichen Übergriffen schützen, sollen unter dem völlig  
2 unbestimmten Begriff der „Gefahrenabwehr“ massiv eingeschränkt werden.

3 Rasterfahndungen und Videoüberwachungen öffentlicher Straßen und Plätze wurden  
4 ebenso ausgeweitet wie der nicht hinreichend kontrollierte Einsatz privater  
5 Sicherheitsdienste. CSU-Politiker sind Vorreiter in der Diskussion, ob es den  
6 Strafverfolgungsbehörden erlaubt sein soll zu foltern und ob die Bundeswehr im Innern  
7 eingesetzt werden dürfe.

8  
9 Die CSU-Staatsregierung hat im April einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem das  
10 Grundrecht auf Versammlungsfreiheit gravierend eingeschränkt werden soll. Wenn dieser  
11 Entwurf zum Gesetz wird, würden Gewerkschaften bei Arbeitskämpfen massiv geschwächt  
12 und politische Demonstrationen und Versammlungen stark beeinträchtigt werden. Nach  
13 Vorstellung der CSU würde bereits das Zusammentreffen von zwei Menschen eine  
14 „Versammlung“ darstellen, die anmeldepflichtig ist. Unter solchen Umständen hätte es jede  
15 Gewerkschaft schwer, bei Arbeitskämpfen Streikposten aufzustellen. Schon Fahnen,  
16 Ansteckplaketten und einheitliche Schilder können bei Versammlungen gegen das neu  
17 erfundene „Militanzverbot“ verstoßen. Bei Zuwiderhaltungen würden Geldstrafen von bis zu  
18 3.000 Euro drohen. DIE LINKE wehrt sich zusammen mit Gewerkschaften und einer Reihe  
19 anderer Organisationen sowie der Landtagsfraktionen der SPD und der Grünen gegen  
20 diesen Gesetzentwurf.

21 Doch mit der Einschränkung von Freiheitsrechten, dem Ausbau des Überwachungsstaates  
22 und der Militarisierung der Innenpolitik kann die Gefahr von Terroranschlägen in der  
23 Bundesrepublik nicht verringert werden, da diese Gefahr im Wesentlichen erst durch  
24 Bundeswehreinätze in aller Welt , insbesondere in Afghanistan heraufbeschworen worden  
25 ist. Auch deshalb tritt DIE LINKE für den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan  
26 ein.

27 Es ist nicht Aufgabe der Innenpolitik, seine Bürgerinnen und Bürger zu bespitzeln und unter  
28 Generalverdacht zu stellen. Es ist vielmehr Aufgabe der Politik, die Bürgerinnen und Bürger  
29 zu schützen, - auch und vor allem vor staatlichen Übergriffen. Die bayerische  
30 LINKE sagt entschieden NEIN zu dem Vorhaben, öffentliche Sicherheit mit der  
31 Einschränkung von Freiheitsrechten herstellen zu wollen.

32 Das Problem der öffentlichen Sicherheit ist auch eine soziale Frage. Kriminalität muss an  
33 ihren Ursachen bekämpft werden. Eine Politik öffentlicher Sicherheit beginnt deshalb für DIE  
34 LINKE mit der Vorbeugung von Straftaten. Alltägliche Gewalt oder Eigentumsdelikte  
35 wachsen oft in so genannten „sozialen Brennpunkten“, in denen Armut, Erwerbslosigkeit und  
36 mangelnde Integration von Menschen mit Migrationshintergrund geballt auftreten. Wenn in  
37 diesen Bereichen an Planstellen im Bereich der Sozialarbeit, an Sprachkursen, Beratungs-  
38 und Hilfsangeboten gespart wird, dann ist ansteigende Kriminalität nicht verwunderlich.

39 DIE LINKE setzt sich im Landtag für folgende Initiativen ein:

- 40 • Die Beschränkung polizeilicher Maßnahmen wie das befristete Einsperren ohne
- 41 Urteil, Platzverweis und Aufenthaltsverbot
- 42 • Ein Verbot von Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen
- 43 • Die Abschaffung der Rasterfahndung
- 44 • Die Auflösung der Verfassungsschutzbehörde als geheimdienstliche Institution und
- 45 die scharfe Trennung von Polizei und Geheimdiensten
- 46 • Die verstärkte Nutzung von Beratungs- und Hilfsangeboten der Sozialarbeit
- 47 • Die Einrichtung eines Menschenrechtsausschusses im bayerischen Landtag
- 48 • Eine an den Landtag angebundene unabhängige Beschwerdestelle, die mittels
- 49 umfassender Rechte mögliche Rechtsverletzungen der Polizei überprüfen soll. Ihre

1 Arbeitsergebnisse sind bei Verdacht von Rechtsverletzungen an die  
2 Staatsanwaltschaft weiterzuleiten. Die Beschwerdestelle soll lokale Anlaufstellen  
3 einrichten.

- 4 • Eine bessere Ausbildung der Polizei, vor allem in Bezug auf Deeskalationsverhalten  
5 sowie zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität.
- 6 • Eine Kennzeichnungspflicht von Polizistinnen und Polizisten auf Demonstrationen
- 7 • Die sofortige Auflösung der polizeilichen Sondereinheit USK  
8 (Unterstützungskommando)

## 11 **Drogenpolitik: Hilfe statt Repression**

13 Auch im Bereich der Drogenpolitik muss ein Umdenken stattfinden. Statt den Betroffenen  
14 ausreichend Hilfsangebote anzubieten, setzt die CSU-Landesregierung vor allem auf eine  
15 Repressionsstrategie.

16 Vielfältige Erfahrungen zeigen, dass staatliche Verbote nur selten vom Drogenkonsum  
17 abhalten können. Stattdessen werden Drogenabhängige kriminalisiert und ins  
18 gesellschaftliche Abseits getrieben. Außerdem wird ein illegaler Wirtschaftszweig gefördert  
19 und der Jugendschutz verhindert.

20 DIE LINKE steht für eine Drogenpolitik, die sich am aktuellen wissenschaftlichen Stand und  
21 an dem Wohl der Abhängigen orientiert.

22 Unser Ziel ist ein humanes und fachlich überzeugendes Konzept, welches abhängigen  
23 Betroffenen eine grundsätzliche Perspektive für den Ausstieg aus der Sucht ermöglicht.

### 25 DIE LINKE setzt sich ein für:

- 27 • Eine objektive Aufklärung über mögliche Folgen des Drogenkonsums im Rahmen des  
28 Schulunterrichts
- 29 • Eine Änderung des Betäubungsmittelgesetz mit dem Ziel einer deutlichen  
30 Liberalisierung
- 31 • Ein bayerisches Modellprojekt, welches den Besitz, Erwerb, Anbau und Handel von  
32 Cannabis unter Berücksichtigung des Jugendschutzes legalisiert
- 33 • Die Regelversorgung von Schwerstabhängigen mit Diamorphin/Heroin
- 34 • Mehr Finanzmittel für freiwillige, psychosoziale Beratungs- und Betreuungsstellen
- 35 • Eine deutlich bessere Unterstützung für Nachsorge-Projekte und Selbsthilfe-gruppen.  
36 Dazu braucht es den Ausbau von rechtlicher und sozialer Beratung sowie  
37 angemessene Hilfe zur Wiedereingliederung in Beruf und Ausbildung.

## 39 **Privatsphäre schützen – Nein zum „gläsernen Menschen“**

40 Grundlage des Datenschutzes ist die das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Jeder  
41 Mensch muss selbst frei entscheiden können, was mit seinen personenbezogenen Daten  
42 geschieht. Angesichts der wachsenden Bedeutung von Informationstechnologien und  
43 elektronischer Datenverarbeitung gewinnt der Datenschutz immer mehr an Bedeutung. Die  
44 gegenwärtige Rechtslage setzt zwar der Daten-Sammelwut gewisse Grenzen, aber längst  
45 nicht notwendigen Umfang. Die Arbeit des bayerischen Datenschutzbeauftragten wird eher  
46 behindert als gefördert.

### 47 Die bayerische LINKE fordert:

- 48 • Dass der Datenschutz ein Staatsziel in der Landesverfassung wird
- 49 • Die Einrichtung eines von der Regierung unabhängigen Landeszentrums für  
50 Datenschutz
- 51 • Die Ausweitung des Datenschutzgesetz auf alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung

- 1 • Dass die Sammlung von persönlichen Kommunikationsdaten jeder Art durch Polizei  
2 und Behörden grundsätzlich nur in Einzelfällen und aufgrund eines richterlichen  
3 Beschlusses zulässig ist  
4 • Die Einführung eines Anspruches aller Bürgerinnen und Bürger auf kostenlose  
5 Auskunft, Korrektur und gegebenenfalls Löschung von Daten in zentralen  
6 Datenbanken  
7 • Die/der Datenschutzbeauftragte und ihre/seine Arbeitsmöglichkeiten müssen  
8 personell und finanziell deutlich aufgewertet werden.  
9

## 11 **Flüchtlinge brauchen Schutz - Asylrecht ausbauen**

12  
13 So lange es Kriege und soziale Ungleichheit gibt, wird es Flucht geben. Es ist daher falsch,  
14 mit einer repressiven Asylpolitik gegen die Flüchtlinge und nicht gegen die Ursachen der  
15 Flucht zu kämpfen. Das Asylrecht ist Teil der Menschenrechte und Ausdruck unserer  
16 politischen, humanitären und geschichtlichen Verantwortung. Den restriktiven Abbau der  
17 Asylrechte nehmen wir nicht länger hin.  
18

19 Der CSU scheint selbst das bestehende Flüchtlingsrecht noch zu liberal zu sein. Die auf  
20 Landesebene erlassenen Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz sind von dem  
21 Leitgedanken getragen, so weitgehend wie möglich Ausländer außer Landes zu befördern  
22 und Integration und Einwanderung zu erschweren.

23 Deutschland ist ein Einwanderungsland. Diese Tatsache muss zur Leitlinie der Politik  
24 werden und ist in allen Gesetzen und Verwaltungsvorschriften zu berücksichtigen.

### 25 DIE LINKE setzt sich dafür ein:

- 26 • Dass die Drittstaatenregelung aufgehoben wird  
27 • Dass bei anerkannten Flüchtlingen das Asylrecht nicht widerrufen werden kann  
28 • Dass der Aufenthalt bislang illegaler Migrantinnen und Migranten anerkannt wird  
29 • Dass keine Familien und minderjährigen Kinder abgeschoben werden  
30 • Dass das Bleiberecht auch für Arbeitslose, Kranke, Alte und Behinderte gewährt wird  
31 • Dass alle Gemeinschaftsunterkünfte aufgelöst werden  
32 • Dass Sozialleistungen in Geld und nicht in Essenspaketen oder Gutscheinen  
33 auszuzahlen sind  
34 • Dass Mitgliedern der Härtefallkommission autonome Entscheidungskompetenzen  
35 eingeräumt werden  
36 • Dass eine flächendeckende und kostenlose Beratungsstruktur für Migrantinnen und  
37 Migranten eingerichtet wird

38 DIE LINKE wird im Landtag Initiativen ergreifen, um eine demokratische Flüchtlingspolitik im  
39 Bundesrat durchzusetzen.

### 40 Sie wird sich insbesondere einsetzen:

- 41 • Für eine Änderung des Aufenthaltsgesetzes mit dem Ziel, das deutsche Ausländer-  
42 und Asylrecht zu so umzugestalten, dass die Menschenwürde der Flüchtlinge, der  
43 Einwanderinnen und Einwanderer gewahrt wird  
44 • Für ein demokratisches Staatsbürgerschaftsrecht auf Grundlage des  
45 Territorialprinzips (ius soli), das auch die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglicht  
46 • Für eine Erweiterung des Asylrechts, insbesondere um frauenspezifische  
47 Fluchtgründe wie genitale Verstümmelung, Vergewaltigung, Zwangsheirat und  
48 Witwenverbrennung

- 1 • Für eine Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Leistungen unterhalb des  
2 Niveaus von SGB II bzw. SGB XII sind unwürdig.  
3 - Keine Strafverfolgung bei Verstößen gegen das Aufenthaltsrecht. Keine  
4 Strafverfolgung von Menschen, die Flüchtlingen Schutz gewährt haben.  
5  
6

## 7 **Antifaschismus**

8

9 „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer  
10 neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“  
11

12 So heißt es im Schwur der überlebenden Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald.  
13 Dieser Schwur ist für DIE LINKE eine Verpflichtung.  
14

15 Neofaschismus ist kein lokal begrenztes Phänomen. Auch in Bayern gibt es dieses Problem:  
16 Das zeigen anhaltende Wahlerfolge wie zuletzt bei den bayerischen Kommunalwahlen im  
17 Frühjahr, bei denen die NPD-Tarnorganisation „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ in die  
18 Parlamente der beiden größten bayerischen Städte eingezogen ist. Das zeigen die  
19 regelmäßigen Versammlungen von NPD, Freie Kameradschaften und geistesverwandten  
20 Organisationen in Bayern. So werden die Bewohnerinnen und Bewohner der  
21 oberfränkischen Gemeinde Gräfenberg seit einiger Zeit nahezu monatlich von  
22 neonazistischen Versammlungen belästigt. Das zeigen die Zahlen von neo-faschistischen  
23 Straftaten und Gewaltdelikten, die sich auf einem anhaltend hohen Niveau befinden. So  
24 kommt es nach offiziellen Angaben bundesweit fast täglich zu zwei rechten Gewalttaten. In  
25 Bayern haben Neonazis im Jahr 2007 über 2000 politisch motivierte Straftaten verübt.  
26

27 Vor allem in ländlichen Gebieten gelingt es Neonazis immer häufiger, eine rechte  
28 Gegenkultur aufzubauen und damit vor allem Jugendliche zu ködern. So ist es kein Zufall,  
29 dass das Durchschnittsalter der NPD-Mitglieder mit ungefähr 35 Jahren weit unter dem aller  
30 anderen Parteien liegt.  
31

32 Fremdenfeindliche Parolen finden sich jedoch nicht nur am rechten Rand unserer  
33 Gesellschaft wieder. So schürt die CSU seit Jahrzehnten eine Stimmung gegen  
34 Immigrantinnen und Immigranten und stärkt vorhandene Ressentiments in der Bevölkerung  
35 wie jüngst die Debatte um die Münchner U-Bahn-Schläger zeigt. Die CSU schafft damit ein  
36 gesellschaftliches Klima, in dem es neofaschistische Organisationen leichter haben,  
37 Anhänger für ihre ewiggestrigen Gedanken zu gewinnen.  
38

39 Um neue Nazis zu bekämpfen, bedarf es einer ständigen Auseinandersetzung mit den  
40 Gräueln des Nationalsozialismus und den Taten ihrer ideologischen Nachahmer heute.  
41

### 42 DIE LINKE fordert:

43

- 44 • Die konsequente strafrechtliche Verfolgung rassistischer und antisemitischer,  
45 neonazistischer und nationalistischer Straftaten und Gewaltdelikten
- 46 • Die politische Unterstützung und finanzielle Mittel für antifaschistische und  
47 antirassistische Projekte und Initiativen
- 48 • Die Förderung des Demokratieverständnisses aller und im Besonderen der jungen  
49 Bürgerinnen und Bürger. So sollte der bayerische Landtag Initiativen und  
50 Einrichtungen für selbstverwaltete Jugend- und Kulturarbeit fördern.
- 51 • Es darf keine Zusammenarbeit zwischen Neofaschisten und dem Staat geben! Die so  
52 genannten V-Männer müssen aus der NPD abgezogen werden
- 53 • Dass sich der bayerische Landtag für ein Verbot der NPD einsetzt. Wir sind uns  
54 bewusst, dass allein durch ein NPD-Verbot neonazistisches Gedankengut nicht aus  
55 den Köpfen ihrer Mitglieder verschwindet. Ein Verbot kann jedoch den  
56 Handlungsspielraum der Neonazis erheblich einschränken.

## 1 **7. Für ein lebenswertes Bayern**

2

3 Der Einsatz für eine lebenswerte Umwelt, der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen  
4 sowie eine ökologische, nachhaltige und gerechte Nutzung der Ressourcen sind für Die  
5 LINKE in Bayern untrennbar mit der sozialen Gestaltung unserer Gesellschaft verknüpft.  
6 Deshalb sind für uns Ökologie, Natur- und Umweltschutz Teil einer sozialen und  
7 solidarischen Gesellschaft. Unsere Partei tritt zudem für einen konsequenten Tierschutz ein.

8 Die wichtigste Bedrohung für die Umwelt weltweit ist der fortschreitende Klimawandel. Wird  
9 die Erderwärmung nicht zumindest auf zwei Grad über vorindustrielles Niveau begrenzt,  
10 werden ihre ökologischen, sozialen und nicht zuletzt auch wirtschaftlichen Folgen  
11 katastrophal sein. Zudem stößt der absolut steigende Verbrauch endlicher Ressourcen  
12 zunehmend an seine Grenzen.

13 Bayern, das sich selbst gern „mit Laptop und Lederhose“ sieht, ist Bundesland eines der  
14 größten Industriestaaten der Erde. Als solches muss es einen spürbaren Anteil  
15 Verantwortung für die Zukunft unseres Planeten übernehmen.

16 Die LINKE wendet sich gegen Scheinlösungen und Hochrisikotechnologien, auf die die  
17 Staatsregierung setzt, wie die Atomwirtschaft, die Agrogentechnik oder die Abscheidung und  
18 unterirdische Verpressung von Kraftwerksemissionen. Ferner gilt es, die biologische Vielfalt  
19 zu bewahren, bzw. wenn möglich wieder herzustellen, und eine weitere Zerstörung der  
20 bayerischen Landschaften zu verhindern.

21

### 22 **Natur und Landschaften schützen**

23 Bayern hat eine vielgestaltige, in einigen Regionen auch einzigartige Naturlandschaft. Sie  
24 reicht vom Frankenwald über die bayerischen Seen bis hin zu den Alpen. Die Menschen in  
25 Bayern sind mit diesen Regionen tief verbunden. Dennoch sind diese Landschaften bedroht.  
26 Zunehmende Flächenversiegelung, Intensivlandwirtschaft, Schadstoffeinträge der Industrie,  
27 Zerschneidung von Naturräumen, Verkehrsemissionen und Lärm sowie teilweise auch  
28 touristische Übernutzungen schädigen Landschaften und Biotope. Zunehmend setzt der  
29 Klimawandel den heimischen Arten zu.

30 Die Anzahl der unzerschnittenen verkehrersarmen Landschaftsräume in Bayern ist seit 1975  
31 auf etwa die Hälfte zurückgegangen. Auch hat das Spektrum unterschiedlicher Lebensräume  
32 abgenommen. Damit zusammenhängend ist ein deutlicher Rückgang der Artenvielfalt zu  
33 verzeichnen. Insbesondere sind Arten der Offenlandschaften, wie Feld- und Wiesenbrüter  
34 betroffen.

35 Die Flüsse haben an Wasserstraßenprojekten und wasserbaulichen Maßnahmen gelitten.  
36 Nur 12,5 Prozent der natürlichen Gewässer Bayerns sind unverbaut oder gering verbaut.

37 Die bayerische LINKE setzt sich im Landtag dafür ein:

38

- 39 • Den Anteil von Schutzgebieten an der Landschaft von gegenwärtig 13,5 Prozent auf
- 40 mindestens 20 Prozent zu erhöhen
- 41 • Die bestehenden und neu zu schaffenden Schutzgebiete großräumig miteinander zu
- 42 vernetzen
- 43 • Anreize zu schaffen, um den zusätzlichen Flächenverbrauch für Verkehrs- und
- 44 Siedlungsflächen zu stoppen sowie Entsiegelungen attraktiv zu machen
- 45 • Die Einhaltung der guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft und der
- 46 Düngemittelverordnung besser zu überwachen und den ökologischen Landbau
- 47 stärker zu fördern
- 48 • Die bestehenden Arten- und Biotopschutzprogramme stärker an den sich
- 49 vollziehenden Klimawandel auszurichten sowie Programme aufzulegen, die den

1 Schutz vor Bergrutschen infolge des Auftauens des Permafrostbodens in den  
2 hochalpinen Gebieten zum Inhalt haben

- 3 • An dem beschlossenen, umweltschonenden Donausbau nicht zu rütteln. Gemeinsam  
4 mit den Umweltverbänden und den Menschen in der Region wird sich DIE LINKE.  
5 dafür einsetzen, dass die vom Bezirk Niederbayern und der bayerischen  
6 Staatsregierung betriebene „Donauwelle rückwärts“ verhindert wird.  
7

## 8 **Abfallwirtschaft**

9 Die Menge der Abfälle in Bayern hat sich seit 1990 kaum verändert. Sie liegt bei jährlich 490  
10 kg je Einwohner. Die Verwertung dieser Abfälle liegt zwar mit 71 Prozent rechnerisch auf  
11 einem hohen Niveau; sie besteht jedoch zumindest bei den Restabfällen jenseits des gelben  
12 Sacks fast ausschließlich in der Verbrennung, der so genannten energetischen Verwertung -  
13 Bayerns Abfallpolitik ist von Pyromanen gestrickt.

14 Im Gegensatz zu beispielsweise Niedersachsen oder den neuen Bundesländern hatten in  
15 Bayern biologisch-mechanische Abfallbehandlungsanlagen (MBA) bislang keine Chance.  
16 Dabei sind sie für die Bürgerinnen und Bürger preiswerter und lassen sich im Gegensatz zu  
17 Müllverbrennungsanlagen dezentral in kleineren Anlagen betreiben. Das vermindert  
18 Transportwege. Zudem liefern die MBA nach der Verrottung oder Vergärung der Abfälle rund  
19 zu zwei Dritteln ein bodenähnliches Substrat und zu einem Drittel heizwertreiche Stoffe, die  
20 zur Energiegewinnung genutzt werden können.

21 Zahlreiche Bürgerinitiativen kämpfen gegen so genannte Ersatzbrennstoff -(EBS-)  
22 Kraftwerke. Sie befürchten aufgrund der oft gewaltigen Dimensionen der Anlagen zu Recht  
23 Mülltourismus. Darüber hinaus rechnen sie damit, dass die zulässigen Immissionsgrenzwerte  
24 voll ausgeschöpft werden. Zudem besteht die Gefahr, dass Wertstoffe, die eigentlich recycelt  
25 werden könnten, bei steigenden Energiepreisen künftig in Kraftwerken landen. Dies wäre ein  
26 Bärendienst an der Kreislaufwirtschaft. DIE LINKE in Bayern unterstützt diese  
27 Bürgerinitiativen gegen EBS - Kraftwerke vorbehaltlos.

28 Die Mehrwegquote bei Getränkeverpackungen ist bundesweit dramatisch gesunken. Bei  
29 alkoholfreien Getränken von rund 70 Prozent in den siebziger Jahren auf nur unter 30  
30 Prozent im letzten Jahr. Das schadet nicht nur der Umwelt, sondern kostet auch jede Menge  
31 Arbeitsplätze in der Getränkewirtschaft, vor allem auch den kleinen bayerischen Brauereien.  
32 DIE LINKE in Bayern fordert daher eine Bundesratsinitiative zur Einführung einer Abgabe auf  
33 Einweg-Getränkeverpackungen, um den Mehrweganteil anzuheben.

## 34 **Wasser und Abwasser**

35 Die Bayern haben in den vergangenen Jahren Wasser gespart. Die Qualität des  
36 Trinkwassers ist dank einem flächendeckenden Trinkwasserschutzes überwiegend von sehr  
37 guter Qualität. Das System kleinteiliger Wasserversorgung durch eine Vielzahl von  
38 Wasserbetrieben, die sich überwiegend in kommunaler Hand befinden, hat sich bewährt.  
39 Darum wird die bayerische LINKE das gegenwärtige System der Wasserversorgung gegen  
40 alle Versuche, die Wasserwirtschaft zu liberalisieren und privaten Profitinteressen zugänglich  
41 zu machen, verteidigen. Neue Formen der interkommunalen Zusammenarbeit können die  
42 Qualität der Dienstleistungen im Bereich Wasser und Abwasser verbessern. Zudem setzt  
43 sich DIE LINKE für einen Kampf gegen Korruption bei der Vergabe von Bauaufträgen beim  
44 Bau von Kläranlagen, Leitungsnetzen und anderen öffentlichen Vorhaben ein.  
45  
46

## 47 **Verkehr**

48  
49 Für DIE LINKE hat oberste Priorität, die Mobilität für alle Menschen in Bayern  
50 sicherzustellen, für Arme wie für Reiche, für Großstädte wie für ländliche Regionen, für  
51 Menschen mit und ohne Auto. Im Mittelpunkt linker Verkehrspolitik stehen die Menschen,  
52 nicht Autos oder Flugzeuge.

1 Linke Verkehrspolitik setzt auf eine starke Gemeinwohlverantwortung des Staates. Die  
2 öffentliche Hand finanziert seit vielen Jahren die Verkehrsnetze und sichert durch  
3 Milliardenbeträge, dass Mobilität erst möglich wird. Diese Verantwortung kann und darf  
4 daher nicht an Private verkauft werden. DIE LINKE lehnt daher eine Privatisierung der  
5 Deutschen Bahn AG ab.

6 Die bayerische Staatsregierung versagt hier seit Jahrzehnten. Verkehrspolitik heißt in  
7 Bayern: Größer schneller, weiter. Mehr Autobahnen, mehr Prestigeprojekte ohne  
8 verkehrspolitischen Nutzen, mehr Landschaftszerstörung, Lärm. Gleichzeitig kürzte die CSU  
9 die Landesmittel für Bus und Bahn, sowohl direkt wie auch indirekt über den Bundesrat und  
10 die Bundesregierung. Trotz erheblicher Mehreinnahmen durch die Mehrwertsteuererhöhung  
11 wurden im Nahverkehr die Regionalisierungsmittel gekürzt, die Busförderung gestrichen.  
12

### 13 DIE LINKE fordert:

#### 14 Beim öffentlichen Verkehr:

- 15 • Wir wollen einen flächendeckend gut ausgebauten Öffentlichen Personennahverkehr.  
16 In Gebieten, die bisher nur eine geringe Nachfrage an Öffentlichen Verkehrsmitteln  
17 haben, sollen alternative Bedienungsangebote wie Rufbusse und Anrufsammeltaxis  
18 die Versorgung sicherstellen.
- 19 • Wir wollen eine bessere Verknüpfung aller Verkehrsträger untereinander – auch für  
20 das Auto. Bahnhöfe wie Haltepunkte müssen barrierefrei sein.
- 21 • DIE LINKE will verbindliche Fahrgastrechte für ganz Bayern. Bei den derzeitigen  
22 freiwilligen Vereinbarungen haben die Fahrgäste nur in 5% der Fälle überhaupt einen  
23 Anspruch.
- 24 • DIE LINKE will, dass der ÖV auch zukünftig bezahlbar bleibt. Für finanziell  
25 Schwächere wollen wir daher ein Sozialticket einführen.

#### 26 Beim Flugverkehr:

- 27 • Die bayerische LINKE lehnt den Ausbau der dritten Startbahn in München ab. Die  
28 vorhandene Infrastruktur ist für bayerische Verhältnisse mehr als ausreichend – viele  
29 Umsteigerverkehre sind schlicht unsinnig oder unnötig. Der Flughafen München  
30 muss und darf nicht zum fünften globalen Drehkreuz in Mitteleuropa mutieren.
- 31 • DIE LINKE lehnt auch den Ausbau von Regionalflugplätzen entschieden ab. Gerade  
32 auf Kurzstrecken gibt es durch andere Verkehrsträger bessere Alternativen.
- 33 • DIE LINKE ist dafür, die Kerosinzuschüsse für den Münchner Flughafen umgehend  
34 abzuschaffen, sie setzt sich für eine nationale Kerosinbesteuerung sowie den Abbau  
35 von Steuersubventionen ein.

#### 36 Bei der Autonutzung:

- 37 • Für viele Menschen ist Mobilität nur mit dem Auto möglich. Die Linke will, dass die  
38 Mobilitätsbedürfnisse auch zukünftig befriedigt werden können. Dazu braucht es  
39 neuer effizienter und schadstoffarmer Technologien für das Automobil. DIE LINKE  
40 unterstützt Bestrebungen der Umweltverbände, Sprit sparende Fahrzeuge zu fördern  
41 und Spritsaurier auf Dauer von der Straße zu verbannen.
- 42 • Aus Gründen des Klimaschutzes, aber auch wegen vieler Unglücke mit vielen Toten  
43 und Schwerverletzten, wollen wir ein Tempolimit auf allen bayerischen Autobahnen.
- 44 • Wir wollen mehr Verkehrssicherheit. Anstatt nur Plakate zu kleben, wollen wir den  
45 Ansatz von *Vision Zero* auch in Bayern umsetzen.
- 46 • Wir wollen unnötigen Straßenverkehr möglichst vermeiden. Dies bedarf einer  
47 landesweit veränderten Stadtentwicklungspolitik.
- 48 • Die Linke will die gemeinschaftliche Nutzung von Autos stärken. Wir wollen dabei  
49 insbesondere das Carsharing, aber auch Pendlernetze und Autoteilen intensiv  
50 fördern.

1 Beim Güterverkehr:

- 2 • DIE LINKE will die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene.  
3 Wir wollen dies durch eine stärkere Finanzierung des Gleisanschlussprogramms  
4 erreichen. Neue Gewerbe- und Industriegebiete dürfen nur noch in der Nähe von  
5 Bahnstrecken entstehen bzw. müssen durch die Schiene erschlossen werden.
- 6 • DIE LINKE will eine Ausdehnung der LKW-Maut auf alle bayerischen Straßen und auf  
7 alle Lastkraftwagen erreichen. DIE LINKE will sich auf allen Ebenen einsetzen, dass  
8 die Kosten für die Nutzung der Schiene niedriger sind als die Maut auf der Straße.
- 9 • So genannte „Monstertrucks“ (extralange und extraschwere LKW) haben auf Bayerns  
10 Straßen nichts zu suchen.

11 Bei der Binnenschifffahrt:

- 12 • Auch die Binnenschifffahrt kann in Europa zu einer Verlagerung von Gütern weg von  
13 der Straße beitragen. Auf natürlichen Achsen wie beispielsweise den Rhein und zum  
14 Teil seine Nebenflüsse macht Binnenschifffahrt als Erschließung von Industriezentren  
15 Sinn. Dies darf jedoch nicht bedeuten, dass aus lebendigen Flüssen betonierte  
16 Kanalbecken werden.
- 17 • Die Schifffahrt hat sich den natürlichen Gegebenheiten anzupassen. DIE LINKE lehnt  
18 daher eine Kanalisierung der Donau zwischen Straubing und Vilshofen entschieden  
19 ab.  
20

## 21 **Transrapid**

22  
23 Das jähe Ende des Prestigeprojektes der bayerischen Staatsregierung erhellt, was es  
24 bedeutet, wenn die CSU mit 50 Prozent plus X unser Land regiert: Nicht die Einsicht in den  
25 verkehrspolitischen, ökologischen und auch ökonomischen Unsinn des Projektes hat die  
26 CSU zu einer Kehrtwende veranlasst. In erster Linie war es die Furcht, bei dem von einem  
27 breiten Bündnis getragenen Volksbegehren gegen den Transrapid kurz vor den  
28 Landtagswahlen eine herbe Abfuhr durch die bayerische Bevölkerung zu holen. Die von 1,85  
29 auf über 3 Milliarden gestiegenen Kosten boten der CSU-Führung schließlich einen Anlass,  
30 unter Verweis auf diese Kostensteigerung von ihrer eigenen Fehleinschätzung abzulenken.  
31 Auch mit „nur“ 1,85 Milliarden Euro wäre das Verkehrsprojekt blanker Unsinn gewesen. Im  
32 Bündnis „Nein zum Transrapid“ hat DIE LINKE mit vielen Organisationen der  
33 Zivilgesellschaft und anderen bayerischen Oppositionsparteien dazu beigetragen, dass die  
34 CSU schließlich mit ihrem Einknicken dem Land großen Schaden ersparte.

## 35 **Infrastruktur**

36  
37 DIE LINKE fordert in Bayern wie auf Bundesebene eine grundlegende Überarbeitung des  
38 Bundesverkehrswegeplans. Soziale, raumordnerische wie ökologische Belange sind  
39 mindestens gleichwertig zu betrachten.

40 Für DIE LINKE hat die Modernisierung und Sanierung vorhandener Infrastruktur Vorrang vor  
41 dem Neubau und Ausbau.

42 DIE LINKE setzt sich im Prinzip gegen den Neubau von Autobahnen ein. Den weiteren  
43 vehementen Ausbau von Bundes- und Landesstraßen lehnen wir ab. Das bedeutet nicht,  
44 dass im Einzelfall Ortsumfahrungen gebaut werden können. Voraussetzung ist jedoch, dass  
45 durch diese Maßnahme eine erhebliche Entlastung erreicht wird.

46 DIE LINKE lehnt den Neubau der Hochgeschwindigkeitsstrecke Nürnberg-Erfurt ab.

47 Stattdessen will DIE LINKE, dass die vorhandene Schieneninfrastruktur modernisiert,  
48 ausgebaut und erweitert wird. Das gilt für Nürnberg-Saalfeld als vorhandene Alternativtrasse  
49 genauso wie für Strecken in die Alpen. DIE LINKE will den zügigen Ausbau/Elektrifizierung  
50 von München über Lindau in die Schweiz, wie auch von München über Mühldorf nach  
51 Salzburg.

52 Insbesondere will DIE LINKE die Infrastruktur den Ausbau der Regionalnetze. Dazu gehören  
53 unter anderem auch die Reaktivierung stillgelegter Strecken (wie z.B. nach Wasserburg am

1 Inn) wie der Aufbau von Regio-Tramnetzen nach dem Vorbild der Stadtbahnsysteme in  
2 Karlsruhe, Kassel oder Saarbrücken. Hierfür eignen sich insbesondere Regionen um die  
3 Städte Erlangen, Würzburg, Regensburg oder auch Passau.

4

## 5 **Klima- und Energiepolitik**

6

7 Eine falsche, nur an Gewinn orientierte Energiepolitik bedroht unser Klima und unsere  
8 Umwelt ganz unmittelbar. Wir Bayern wissen, was mit den Alpen geschieht.

9 Neben den direkten Umweltwirkungen wird der Klimawandel in armen Ländern schwere  
10 Konflikte nach sich ziehen, beispielsweise aufgrund notwendig werdender Umsiedlungen  
11 oder im Kampf ums Wasser. Es liegt auf der Hand, dass damit bereits bestehende soziale  
12 Konflikte und religiös motivierte Auseinandersetzungen verschärft werden.

13 Aber auch in unsrer Heimat sorgen sich viele Menschen darum, ob sie sich auch im  
14 nächsten Monat noch Strom, Gas und Heizung werden leisten können.

15 Insofern ist unser Engagement für erneuerbare Energien, Energieeinsparung und  
16 umweltfreundliche Mobilität in Bayern nicht nur Umweltpolitik, sondern auch Friedens- und  
17 Solidaritätsarbeit.

18 DIE LINKE in Bayern unterstützt die „Energievision Bayern“ der Umweltverbände, nach der  
19 der Energieverbrauch im Freistaat bis 2030 halbiert werden soll. Davon unabhängig muss  
20 sich die Staatsregierung das Ziel stellen, den Ausstoß von Treibhausgasen gegenüber 1990  
21 bis 2020 um mindestens 15 Prozent und bis 2030 wenigstens um 30 Prozent zu senken.  
22 Dies ist ein ehrgeiziges Ziel, da die bayerische Stromproduktion gegenwärtig aufgrund der  
23 falschen Energiepolitik der CSU zu etwa 64 Prozent auf unverantwortlich riskanter Atomkraft  
24 beruht, welche schnellstmöglich abgeschaltet werden muss. Auch wenn man davon ausgeht,  
25 dass der Stromverbrauch bis 2020 bei einer aktiven Einsparpolitik spürbar sinken wird, kann  
26 der bayerische Atomstrom bis dahin nur zum Teil durch regenerative Energieträger innerhalb  
27 Bayerns ersetzt werden. Deren Anteil am Primärenergieverbrauch liegt gegenwärtig bei 8  
28 Prozent, wobei davon ein großer Teil aus Wasserkraftwerken stammt, deren Kapazität nicht  
29 wesentlich erweitert werden kann. Deshalb werden der Bau von Gaskraftwerken ebenso  
30 wenig zu vermeiden sein wie vorübergehende Stromimporte aus anderen Bundesländern  
31 oder dem Ausland. Ein Neubau von Kohlekraftwerken als Ersatzkapazitäten wäre dagegen  
32 ein Weg in die Vergangenheit und ein Schlag gegen den Klimaschutz

33 DIE LINKE wird im Landtag dafür eintreten, dass die Energieversorgung wieder zunehmend  
34 in die öffentliche Hand kommt. Es gilt Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Rückkauf  
35 von Stadtwerksanteilen von E.ON oder anderen EVUs befördern. Die bayerische  
36 Staatsregierung muss die Bundesregierung auffordern und unterstützen, die  
37 Übertragungsnetze eigentumsrechtlich von den Stromkonzernen zu trennen und in  
38 geeigneter öffentlicher Form zu übernehmen.

39 DIE LINKE stemmt sich dagegen, ärmere Haushalte von einem angemessenen Wärme- und  
40 Stromverbrauch auszuschließen. Sie fordert von den Stromversorgern Sozialtarife für  
41 Haushalte mit niedrigem Einkommen.

42 Der Ausstieg aus Atomenergie ist für Bayern eine große Chance. Das Land muss sich als  
43 Innovationsmotor für Energieeffizienz, regenerative Energien und moderne  
44 Energiemanagementsysteme profilieren.

45

46 DIE LINKE fordert entsprechende Programme für:

- 47 • Die Einsparung von Energie in der Erzeugung und Anwendung durch intelligente  
48 Erzeugung, Verbrauchsvermeidung und steigende Energieeffizienz von Maschinen und  
49 Geräten

- 1 • Die Verbesserung und Modernisierung der Raumheizung und Warmwasserbereitstellung  
2 sowie der Wärmedämmung nicht nur bei Neubauten, sondern auch im Gebäudebestand  
3 • Die Ausschöpfung der Potentiale der Windkraft, Photovoltaik, Sonnen- und Erdwärme  
4 und der Biomasse.

5 DIE LINKE fordert, die bayerische Energie- und Verkehrsforschung an den  
6 Zukunftsaufgaben zu orientieren statt Forschungsgelder für Prestigeprojekte wie den  
7 Transrapid zu verschwenden.

8 Im Hinblick auf das europäische Emissionshandelsystem tritt DIE LINKE in Bayern dafür ein,  
9 schnellstmöglich die kostenlose Vergabe der wertvollen Zertifikate an die Stromversorger zu  
10 beenden. Denn die Versorger preisen den Marktwert der ihnen geschenkten  
11 Emissionsrechte in den Strompreis ein und erzielen so Sondergewinne in Milliardenhöhe.

12

### 13 **Dem Dorf eine Zukunft geben**

14

15 Die ländlichen Gebiete umfassen mehr als 80 Prozent der bayerischen Landesfläche. Hier  
16 wohnen mehr als die Hälfte der rd. 12 Millionen Bürger des Freistaates. Leider fallen  
17 Postkartenidylle und Lebenswirklichkeit von Jahr zu Jahr weiter auseinander. Postämter  
18 wurden geschlossen, der DSL-Ausbau hat sich auf die Ballungsräume konzentriert und mit  
19 der auch von der bayerischen Landesregierung angestrebten Privatisierung der Bahn droht  
20 weiten Teilen Bayerns die Abkopplung vom öffentlichen Personennahverkehr. Auch im  
21 Bereich von Schule, Verwaltung und Gesundheitsvorsorge wird der ländliche Raum  
22 zunehmend benachteiligt. Hauptschulen und Kindergärten werden zentralisiert,  
23 Verwaltungsaufgaben vom Land in die Städte weg reformiert, Krankenhäuser und  
24 Arztpraxen geschlossen.

25

26 Dabei garantiert das deutsche Grundgesetz allen hier lebenden Menschen gleichwertige  
27 Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Die bayerische LINKE hält an diesem Anspruch der  
28 Politik fest und tritt für einen solidarischen Ausgleich der räumlichen Unterschiede ein. Dazu  
29 trüge auch die in unserem Steuerkonzept geforderte deutliche Erhöhung und Verstetigung  
30 der Einnahmen strukturschwacher Kommunen bei.

31

32 DIE LINKE setzt sich in Bayern für eine Stärkung des ländlichen Raumes ein, Infrastruktur  
33 muss vor Rendite gehen. Öffentliche bzw. Genossenschaftliche Formen zum Betrieb von z.  
34 B. Einkaufsläden im Dorf, Breitbandnetzen, Dorfbussen, usw. sind vom Freistaat verstärkt  
35 zu unterstützen.

36

### 37 **Für einen ökologisch orientierten Landbau und gegen Gentechnik**

38

39 Die bisherige Landwirtschaftspolitik stört unser Umweltgleichgewicht. Ein ökologisch  
40 orientierter Landbau trägt hingegen zum Gewässerschutz bei, erzeugt weniger  
41 Treibhausgase und ist in der Lage, diese zu binden, erhält die Artenvielfalt und bewahrt die  
42 kleinteilige, reich strukturierte Kulturlandschaft.

43 Die Nachfrage nach gering belasteten, ökologisch erzeugten Lebensmitteln steigt.

44 Zwei Entwicklungsperspektiven für die bayrische Land- und Forstwirtschaft wollen wir  
45 besonders befördern:

- 46 - einen Umbau der Förderung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe hin zu  
47 umweltverträglicheren Produktionsformen;  
48 - die Stärkung und den Ausbau der landschaftspflegerischen Aktivitäten nach den örtlichen  
49 Gegebenheiten, z.B. Almwirtschaft, grüne Fluss-Auen, Bannwald

50 Mit einer überwältigenden Mehrheit lehnen die Menschen in Bayern gentechnisch veränderte  
51 Nahrungsmittel ab. Dennoch setzt die CSU-Regierung massiv auf den industriellen Anbau  
52 gentechnisch veränderter Pflanzen und chemieintensiver Monokulturen von Energie- und  
53 Futterpflanzen. Flächenkonkurrenz ist die Folge, die verbrauchernahe Versorgung wird  
54 gefährdet, und letzte bäuerliche Strukturen werden zerstört.

1 Als Sofortmaßnahme brauchen wir einen wirksamen Schutz für die agro-gentechnikfreie  
2 Landwirtschaft. Die Interessen der Nichtanwender und Imker müssen geschützt werden.  
3

4 DIE LINKE setzt sich für eine soziale und ökologische, also nachhaltige Landwirtschaft ein,  
5 die regionale Wertschöpfung befördert, existenzsichernde Arbeitsplätze schafft und im Sinne  
6 einer gerechteren Welthandelsordnung agiert.

7 Die für die Landwirtschaft gezahlten Subventionen sind heute noch undurchsichtig und  
8 unvernünftig zugleich verteilt. Subventioniert werden sollte, wenn nötig, einmal die Erhaltung  
9 und Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. Und ebenfalls subventioniert werden  
10 sollten landschafts-pflegerischen Leistungen.

11 Die Umverteilung von EU-Mitteln aus der Direktförderung der Betriebe (Säule 1) in die  
12 Förderung des ländlichen Raumes (Säule 2) macht, abgesehen von den sog.  
13 Agrarumweltmaßnahmen, nur dort Sinn, wo Veränderungen zu mehr Nachhaltigkeit und  
14 sozialer Gerechtigkeit beitragen und die Landwirte von der z. Zt. unerträglichen Bürokratie  
15 entlastet werden.

16  
17 Für die landwirtschaftliche Sozialversicherung bringt der Strukturwandel in der  
18 Landwirtschaft große Probleme. Dieses bisher eigenständige System muss in die allgemeine  
19 gesetzliche Sozialversicherung integriert werden.  
20

#### 21 DIE LINKE fordert:

- 22
- 23 • Die Stärkung des ökologisch orientierten Landbaus
- 24 • Eine regionale Vermarktung von Agrarprodukten
- 25 • Die sofortige Umsetzung der EU-Richtlinie zur Einführung der Transparenz über die  
26 ausgezahlten Fördermittel in der Landwirtschaft
- 27 • Die Eingliederung der bisher selbstständigen Sozialversicherung für Landwirte in die  
28 gesetzliche Sozialversicherung
- 29 • Die Verhinderung von Anbauflächen mit gentechnisch verändertem Saatgut
- 30 • Die Anbauflächen für Agro-Kraftstoffe nur in einem vernünftigen Maß auf lokaler  
31 Ebene
- 32

#### 33 **Bayerns Wälder - Kulturgüter, Naherholungsgebiete und Wirtschaftsfaktoren in 34 einem**

35  
36 Für den Schutz von Wasser, Luft und Boden haben die bayrischen Wälder eine  
37 herausragende Bedeutung. Jedoch ist ihr Zustand besorgniserregend.  
38

39 DIE LINKE tritt für eine nachhaltige und ökologische Bewirtschaftung der bayrischen Wälder  
40 ein. In einem ersten Schritt sind die dem Freistaat Bayern gehörenden Wälder entsprechend  
41 zu bewirtschaften. Eine rein betriebswirtschaftliche Orientierung des Waldbaus gefährdet  
42 unsere Lebensgrundlagen. Darum wird DIE LINKE in Bayern Privatisierungen von Staats-  
43 und Kommunalwäldern ablehnen.  
44

45 Ziel linker Politik ist die Erhaltung einer flächendeckenden Land- und Forstwirtschaft, sowie  
46 die Gewinnung von Einkommensalternativen für die Land- und Forstwirte. Dazu sollen der  
47 Anbau nachwachsender Rohstoffe für Verarbeitung und energetische Nutzung auf lokaler  
48 Ebene, Naturschutz- und Landschaftspflegemaßnahmen, Tourismus, die Land- und  
49 Forstwirtschaft als "Motor für die Entwicklung ländlicher Räume" gefördert werden. Die  
50 landwirtschaftliche Produktion hat sich an den lokalen Standortbedingungen und den  
51 Bedürfnissen der Menschen und nicht an Prämienzahlungen zu orientieren.  
52  
53  
54  
55

## 1 **8. Für den Frieden - gegen Auslandseinsätze der** 2 **Bundeswehr**

3  
4 Die CSU ist seit langem eine treibende Kraft der Militarisierung Deutschlands gewesen.  
5 Franz Josef Strauß spielte dabei eine bedeutende Rolle. Bayern spielt auch heute eine Rolle  
6 bei der Unterstützung der weltweit geführten Angriffskriege der USA und der NATO-Staaten.  
7 Bayern ist die große Rüstungsschmiede Deutschlands. Der Panzerbauer Krauss-Maffei  
8 rüstet nicht nur die Bundeswehr aus. Deutsche Panzer sind ein Exportschlager. Sie werden  
9 an 21 Staaten – zum Teil in Krisen- und Kriegsregionen - geliefert. EADS in der Nähe  
10 Münchens zählt zu den größten Rüstungsunternehmen.

11 Zwar sind die Militärpolitik und die großen Rüstungsprojekte in erster Linie Sache der  
12 Bundesregierung, aber die bayerische Regierung steht an vorderster Front, wenn es um die  
13 Aufrüstung Deutschlands und die Kriegsfähigkeit der Bundeswehr geht. Friedenspolitik hat  
14 im bayerischen Landtag keine Heimat.

15 Bayern stellt, noch vor Hessen und Rheinland-Pfalz, den größten Teil der militärischen  
16 Infrastruktur für die ca. 70.000 in Deutschland stationierten US-Soldaten zur Verfügung.  
17 Damit ist es maßgeblich an den völkerrechtswidrigen Angriffskriegen der USA beteiligt.  
18 Grafenwöhr in der Oberpfalz ist der größte US-Truppenübungsplatz in Europa. Hier wurden  
19 und werden Tausende von US-Soldaten für ihre Kampfeinsätze ausgebildet und  
20 anschließend an die Kriegsfront im Irak und in Afghanistan geschickt. Das 21.000 Hektar  
21 große Gelände wird derzeit für zusätzliche 3.000 Soldaten ausgebaut.

22 Bayern ist damit ein wichtiger Bestandteil der US-Kriegsmaschinerie. Es leistet Beihilfe zur  
23 Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen – auch wenn das gegen das Grundgesetz  
24 (Artikel 26) verstößt.

25 Die CSU-Staatsregierung unterstützt auch die seit vielen Jahren in München abgehaltene so  
26 genannte Sicherheitskonferenz, auf der NATO-Strategen ihre Planungen besprechen. Der  
27 bayerische Ministerpräsident signalisiert mit einem Gala-Diner für die Teilnehmerinnen und  
28 Teilnehmer der Konferenz regelmäßig politische Unterstützung. Gleichzeitig werden  
29 Tausende bayerische Polizistinnen und Polizisten gegen diejenigen eingesetzt, die sich auf  
30 der Straße an Demonstrationen gegen die kriegerische Politik der NATO beteiligen.

31 DIE LINKE ist derzeit die einzige politische Partei, die im Bundestag ihre Stimme gegen die  
32 Kriegseinsätze der Bundeswehr erhebt. Sie ist Teil der Friedens- und Antikriegsbewegung.